

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

57 (9.3.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Neßing, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Weil: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Mundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Heinrich Schäfer †.

Eine Trauerbotschaft traf kurz vor Redaktionsschluss ein. Der Kassier unserer Landesorganisationskasse und Sekretär des 11. badischen Reichstagswahlkreises, Genosse Heinrich Schäfer in Mannheim, ist heute früh an den Folgen einer Blinddarmpoperation gestorben. Gen. Schäfer war noch auf unserm Landesparteitag in Offenburg in voller Rüstigkeit und Gesundheit anwesend und beteiligte sich an den Verhandlungen. In der Nacht vom Montag auf Dienstag voriger Woche erkrankte er plötzlich an Blinddarmentzündung und mußte noch in der Nacht sich einer Operation unterziehen, die anscheinend gut verlaufen ist. Allein es stellten sich Komplikationen ein, die schon vor einigen Tagen Schlimmes befürchten ließen und heute früh den Tod unseres braven Mitkämpfers zur Folge hatten.

Mit Schäfer ist ein pflichttreuer und treuer Anhänger unserer Sache gestorben. Er war lange Jahre Kassier des Mannheimer sozialdem. Vereins und wurde im Jahre 1906 zum Sekretär des 11. bad. Reichstagswahlkreises gewählt. Als der Landesvorstand nach Mannheim verlegt wurde, fiel die Wahl als Mitglied dieser Körperschaft auch auf den Gen. Schäfer, der den Posten eines Kassiers der Landesorganisation bekleidete und sich seiner Aufgabe mit peinlichster Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue entledigte. Die badische und deutsche Sozialdemokratie verlieren in dem so früh aus dem Leben Gerufenen einen tapferen braven Kampfesgenossen.

Ehre seinem Andenken!

Ein Kompromiß? Kein Kompromiß!

Selten noch ist ein Gesekzentwurf von allen Seiten so ungünstig aufgenommen und von einem solchen Hagel kritischer Pfeile überschüttet worden, wie das berühmte Viermännerkompromiß, unter das weder die Freisinnigen, noch die Konservativen, noch die Nationalliberalen ihre Namen zu setzen wagten, und das trotzdem in der Kommission „mit Vorbehalt“ angenommen wurde, weil man eine Maske für seine Verlegenheit brauchte und einen Vorwand suchte, um die Beratung der indirekten Steuern beginnen zu können. Die schärfsten kritischen Stimmen kommen diesmal aus dem Blocklager selbst; alles was die sozialdemokratische Presse über die staatsrechtlichen und finanzpolitischen Ungehörlichkeiten dieses Monstrums ausgeführt hat, wird von zahlreichen Blockblättern bestätigt und noch weit schärfer ausgesprochen. Die zahme „Woffische Zeitung“ nennt die vorbehaltliche Zustimmung der Freisinnigen zu dem unsinnigen Entwurf einen „taktischen Zug“, der „überwiegend beurteilt wird“. Der „Saarburgische Korrespondent“ höhnt, den Freisinnigen hätte bei der Zustimmung der Angstschweiß auf der Stirn gestanden, wenn sie befänden sich in der Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden. Der „Sannoversche Courier“ bestätigt vollinhaltlich unsere Mitteilung, daß das sogenannte Kompromiß nur zum Schein abgeschlossen worden ist, um möglichst rasch zur Hauptsache, zu den indirekten Steuern, zu kommen. Er gibt zu, daß man diese „Scheinlösung“ der Besitzsteuer nur vorgenommen habe, damit „die Liberalen von ihrem Schwur entbunden wurden, daß sie sich vorher nicht mit den indirekten Steuern beschäftigen werden“. — Eine recht eigenartige Methode, Schwüre zu halten!

Die stärksten Saiten zieht die nationalliberal-offiziöse „Köln. Ztg.“ auf. Sie läßt sich von „hochgeschätzter Seite“ schreiben:

Die Ablehnung der Nachlasssteuer durch die Finanzkommission des Reichstags ist der eklatanteste Beweis für die politische Unreife dieser Körperschaft. Ich kann und will noch immer nicht glauben, daß die Reichsregierung sich ihren Plan aus den Händen winden läßt. Es gibt Augenblicke im Leben einer Nation, in denen Kompromisse der Regierung mit dem Parlament, die ja sonst zum täglichen Brot gehören, unbedingt erforderlich und schädlich sind. Das scheint mir jetzt der Fall zu sein. Jetzt heißt es nach meiner Ansicht für

die Regierung mit der Vorlage stehen oder fallen. Denn eine Verweigerung der Nachlasssteuer bedeutet den Sieg einer einseitigen Interessenvertretung, den die Regierung nicht hinnehmen darf, ohne ihre Autorität und ihren Kredit zu verlieren. Ich würde keinen Augenblick zürücktreten, den Reichstag aufzulösen, auch wenn neue Steuern ein schlechtes Wahlprogramm bieten. Es handelt sich eben um Sicherheit, Ehre und Zukunft des deutschen Reiches. Das müßte den Wählern einmal klargelagt werden. Es kann nicht so weiter gehen.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ kann sich aber diesmal nicht — wie einst im Winter 1906/07 — an solchen nationalen Tönen begeistern. Vielmehr veröffentlicht sie einen Gegenartikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Treibereien der „Köln. Zeitung“ — gefährlicher Ton — mühsam verhehlte Wut über einen so schanden gewordenen schönen Plan. — Der mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr zu belegende Artikel des Kölner Blattes — Mangel an politischem Verantwortlichkeitsgefühl — Ton der Verhöhnung — höchst gefährliche Treibereien.

Während sich die „Deutsche Tageszeitung“ aus Angst vor der Wiederkehr der Nachlasssteuer zu den wenigen Zeitungen schlägt, die das Kompromiß — „die Kompromißgeburt“, sagt die „Köln. Zeitung“ — verteidigen, erklärt die „Konservative Korrespondenz“:

„In der Steuerkommission des Reichstags ist ein vorläufiger Beschluß über Aufbringung sogenannter Besitzsteuern zustande gekommen, dem auch die konservativen Mitglieder zugestimmt haben.

Diese Zustimmung hat sich indes nur auf die erste Lesung der Vorlage bezogen und muß umso mehr als durchaus bedingt angesehen werden, als jener oben erwähnte Beschluß zweifellos Eingriffe in die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten enthält, denen kaum die Mehrheit, keinesfalls aber die gesamte konservative Fraktion wird zustimmen können.

Dieses haben auch die konservativen Fraktionsmitglieder bei Motivierung ihrer Abstimmung erklärt und man wird deshalb jener Zustimmung nur eine taktische Bedeutung behufs Ermöglichung der Weiterberatung der gesamten Vorlage beimessen dürfen. In der Sache selbst hat die konservative Fraktion völlig freie Hand.

Inzwischen zeigt der „Leitende Staatsmann“ neben seiner berühmten persönlichen Kunst, Abgeordnete, zumal Freisinnige, zum Zweck der Erhaltung des Kanzlerdaseins zu allerlei dummen Streichen zu verleiten, seine nicht minder berühmte vollkommene Unfähigkeit, ernste Angelegenheiten sachlich zu behandeln. Fürst Bülow, der von Wirtschafts- und Finanzwissenschaft nie eine Ahnung gehabt hat, hat auch jetzt sich nicht die Zeit genommen, die schwebenden Fragen der Reichsfinanzreform zu studieren, sonst würde er den Parteien nicht geraten haben, einen Kompromißentwurf anzunehmen, der sie nur vor aller Welt lächerlich gemacht hat. Zudem der angenehme Dilettantismus des Reichskanzlers die Parteien zur Einigung in den Sumpf zusammentrieb, setzte er sich auch in den schärfsten Gegensatz zu den verbündeten Regierungen, die von dem Kompromiß nichts wissen wollen. Der sächsische und der bayerische Finanzminister haben die unter Bülows Beistand zustande gekommene Mißgeburt als unannehmbar bezeichnet, und es ist als sicher anzunehmen, daß viele andere Regierungen, namentlich die süddeutschen, mit ihren sächsischen und bayerischen Kollegen ganz einer Meinung sind.

Wie steht es also mit dem Viermännerkompromiß? Die Presse aller Parteien verurteilt es, die Parteien selbst ziehen sich von ihm zurück. Weder im Reichstag, noch im Bundesrat ist dafür eine Mehrheit zu finden.

Wird Fürst Bülow nun den Mut finden, auf die Nachlasssteuer zurückzugreifen? Nichts ist weniger wahrscheinlich als das. Denn die agrarische Presse, aus der er die Weisungen für seine Politik holt, bezeichnet die bloße Erwähnung der Nachlasssteuer als „mißlose Klagen und gegenstandslose Reminiszenzen“, und die „Kreuzzeitung“ doziert:

Die Nachlasssteuer hat nun einmal einen stark sozialistischen Charakter und eignet sich daher nicht für ein Land, in dem das allgemeine Wahlrecht herrscht. Alle sachlichen Gründe für die Nachlasssteuer sind denn auch sozialistischer Art. Die Sozialdemokratie, die Sozialliberalen, die Kathedersozialisten, nur alle, die den Staat zum ersten Herrn über das Kapitalvermögen setzen wollen, nehmen sich gerade diese Steuer mit Leidenschaft an. Sollte das nicht auch die Finanzminister der Einzelstaaten stutzig machen?

Was soll nun das Ende sein? Vierhundert bis fünfhundert Millionen neuer indirekter Steuern auf den Volksverbrauch, Vernichtung von tausenden von Arbeitserfahrungen durch die Tabaksteuer, Gewährung von Millionen neuer Liebesgaben an die Agrarier durch die Branntweinsteuer und — ein neues Sozialistengesetz gegen die Anhänger der Nachlasssteuer!

Neueste Nachrichten.

Demonstration für das Frauenstimmrecht.

Berlin, 8. März. Eine große Demonstration für das Frauenstimmrecht soll in diesem Monat in Berlin stattfinden. Die Präsidentin des Weltbundes für Frauenstimmrecht, Mrs. Chapman-Catt, kommt am 30. d. M. auf ihrer Rückreise von Ungarn nach England nach Berlin.

französische Nachwahlen.

Paris, 8. März. Bei den gestrigen Ersatzwahlen sind acht Deputierte endgültig gewählt worden. In 7 Wahlkreisen haben Stichwahlen stattgefunden. Gewählt sind 5 Radikale oder Radikal-Sozialisten, ein geeinigter und ein unabhängiger Sozialist und ein Liberaler. Die Radikalen verlieren einen Sitz.

Neue Kämpfe in Marokko in Sicht?

Paris, 8. März. Wie der „Petit Parisien“ aus Tanger berichtet, sind dort Nachrichten aus Fez eingetroffen, wonach Muley Hafid über das Vorrücken des Präzidenten sehr besorgt ist. Dieser findet sich nur noch 6 Stunden von Fez entfernt und verfügt über 5000 tüchtige Reiter. Der Sultan sandte den Regierungstruppen, welche dem Präzidenten entgegenrücken, 3000 Mann zur Verstärkung.

Die Wahlen in Italien.

Das bedeutendste Wahlergebnis ist der Sieg der Sozialparteien in Rom, obgleich die Priester mit ihrer Gefolgschaft in drei Bezirken, wo ihnen die Wahl vom Papste erlaubt war, dem schlechten Wetter widerstanden und zahlreich an der Wahlurne erschienen. Im ersten Wahlkreis siegte der Abgeordnete Maza (Republikaner) gegen den Merikalen Tenerani, den zweiten eroberte der Chefredakteur der sozialistischen „Avanti“, Bissolati, der auch in Pescara durchkam gegen den bisherigen Merikalikonservativen Santini; im dritten Wahlkreis wurde Vaccelli ohne Gegenkandidat und ebenso im fünften der bisherige Abgeordnete Barzilai ohne Gegenkandidat gewählt. Im vierten Wahlkreis kommt der Liberale Principe Cattani in die Stichwahl mit dem Merikalen Gabrielli; ersterem ist der Sieg sicher, da die unterlegenen Republikaner für ihn stimmen werden.

Die Sozialisten durchzogen im Fadelzuge die Stadt; sie feiern den Sieg Bissolatis.

Die Sozialisten, die jetzt 26 Mandate haben, scheinen 15 zu gewinnen. In Turin eroberte der frühere Abgeordnete Nofri (Sozialist) das Mandat wieder. Bodericca, Chefredakteur des sozialistischen Wochenschriftes „Avanti“, siegte in Budrio (Provinz Bologna) trotz des erbitterten Widerstandes der Priester. Auch der Unterrichtsminister Nana, dessen Sturz der Vatikan energisch betrieben hatte, blieb Sieger. Von rein katholischen Mandaten ist noch nichts bekannt, doch werden wahrscheinlich viele Gemäßigte mit Hilfe der Merikalen siegen.

Bis jetzt sind definitiv 280 Resultate bekannt. Gewählt sind 188 Ministerielle, 32 konstitutionelle Opposition, 26 Sozialisten, 13 Republikaner, 16 Radikale, fünf Merikale. Die Zahl der Stichwahlen ist sehr groß.

Zum Lawinensturz bei Salzburg.

Von den durch eine Lawine verschütteten 35 Arbeitern sind noch zwei Tote geborgen. Die Bergungsarbeiten wurden tagsüber fortgesetzt, müssen aber nachts wegen neuerlicher Lawinengefahr unterbrochen werden. Am Vormittag schon wurden 18 Tote geborgen. Bei dem Niedergang der Lawine wurden zwei Hochhütten weggerissen, in denen die Arbeiter zur Zeit des Unglücks gerade zum Frühstück versammelt waren. Im ganzen wurden 35 Arbeiter verschüttet. Die Lawine ging aus einer Höhe von etwa 700 Metern nieder.

Zusbruck, 8. März. In Luggau im Lehschall hat eine Lawine ein Gasthaus weggerissen. Sechs Personen, darunter die Frau und die Kinder des Wirts, sind tot.

Bogen, 8. März. Große Schneefälle in Cadore zerstörten die Straßen und brachten die Dächer einiger Häuser ein. In Prosenico wurden sieben Personen getötet. Eine Militärabteilung wurde abgeschnitten. Aller Postverkehr ist unterbrochen.

(Weitere Telegramme siehe Seite 7.)

Politische Uebersicht.

Der Fortschritt in Preußen.

Im Jahre 1868 legte die preussische Regierung dem Landtag den Entwurf einer Städteordnung für Schleswig-Holstein vor. In der Begründung wurde zunächst ausgeführt, daß sich der Entwurf in vielen Punkten an die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 anlehne; dann hieß es weiter:

Gleichwohl hat in Uebereinstimmung mit dem hiesigen Satze und dessen Motiven nicht für geraten erachtet werden können, die Städteordnung vom 30. Mai 1853 in Pausch und Bogen in Schleswig-Holstein einzuführen. In den fünfzehn Jahren ihres Bestehens haben nicht allein manche ihrer Bestimmungen sich der schärferen Präzisierung, der Einschränkung oder Vervollständigung, bedürftig gezeigt, sondern ist auch der Wert einer ihrer hauptsächlichsten Institutionen, des Wahlsystems der drei Klassen, wenigstens soweit eine Neueinführung in Frage kommt, in mancher Beziehung zweifelhaft geworden, wie denn auch bei Erteilung der Gemeindeverfassung für Frankfurt a. M. durch die Verordnung vom 25. März 1867, welche im übrigen sich eng an die Städteordnung vom 30. Mai 1853 angeschlossen hat, es vorgezogen worden ist, von dem Dreiklassensystem abzugehen. Zu gleicher Zeit hat die hiesige Städteordnung für das hiesige Gebiet die Vorzüge der dortigen Stadtkommunen für das hiesige Gebiet bestehende gleichmäßige Stimmrecht der gesamten mit Wahlrecht versehenen Bürgerschaft.

Das war 1868. Jetzt schreiben wir 1909, da soll das Dreiklassenwahlrecht, das schon vor vierzig Jahren von der Regierung preisgegeben wurde, in Kiel seinen Einzug halten! Das ist der Fortschritt in Preußen!

Das beleidigte Junkerparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich wieder einmal beleidigt gefühlt und mit großer Majorität die Ermächtigung zu einer strafgerichtlichen Verfolgung erteilt. Es handelt sich um eine Rede, die der Gewerkschaftsbeamte Selbig in Leipzig gehalten haben soll. Der Nachdruck liegt auf diesem „Soll“, denn Selbig bestreitet auf das entschiedenste, das gesagt zu haben, was ihm zwei Polizeibeamte in den Mund legen. Nun ist in unzähligen Prozessen festgestellt, wie ungenau solche polizeiliche Notizen sind. Aus einer mehr als einhändigen Rede greifen diese Staatskrieger ein paar Worte heraus, die oft gar nicht einmal in einem inneren Zusammenhang miteinander stehen, ziehen sie zu einem Satz zusammen und reichen sie pflichtschuldigst der Staatsanwaltschaft ein. In diesem Fall hat die Staatsanwaltschaft die Verfolgung des Missetäters bei der Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses beantragt, und die Geschäftsordnungs-Kommission hat die Ermächtigung erteilt.

Die Debatte über den Kommissionsbeschluß füllte einen großen Teil der Freitagsitzung aus und entbehre nicht des polizeilichen Interesses. Konservative beider Schattierungen, das Zentrum und die Nationalliberalen fanden sich in holder Eintracht zusammen, um den unangenehmen Kritiker der rächenden Justiz auszuliefern. Wie wenig berechtigt gerade die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die ständig die Tribüne zu den häßlichsten persönlichen Angriffen gegen die Führer der Sozialdemokratie mißbraucht, zu einer solchen Handlungsweise ist, bewies die Rede des Konservativen v. Seydebrand u. d. Lasa. Dieser Herr hielt es für angebracht, unter dem Schutze der Immunität den Genossen Selbig, dessen Name er wahrscheinlich zum erstenmale hörte und von dem er weiter nichts wußte, als die paar Worte, die zwei Polizeibeamte ihm in den Mund legen, einen „Gassenjungen“ zu nennen. Wer seine Eigenschaft als Abgeordneter dazu benutzte, einen unbekanntem politischen Gegner in der unerhörtesten Weise zu beschimpfen, der hat das Recht verwirkt, andere wegen Beleidigung der Justiz zu überhelfen.

Es ist glücklicherweise in diesen Tagen unnötig, über den „guten Ton“ der Junker ein besonderes Kolleg zu halten; nach den Beschimpfungen des Professors Adolf Wagner und den Kraftnotizen im Zirkus Busch sind sich alle an-

ständig Fühlenden einig in der Beurteilung dieses „guten Tons“, und nur das Echo spielt den Kritiker, indem es dem Herrn v. Seydebrand u. d. Lasa zurückerst: Gassenjunge! Gassenjunge!

Deutsche Politik.

Der Bundesrat und das Steuerkompromiß. Der Berliner Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ schreibt seinem Blatte zu der Bemerkung des „Lokal-Anzeigers“, daß die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu dem Kompromiß der Blockparteien sicher sei: „Nach meinen Erkundigungen in Bundesratskreisen ist dies durchaus nicht der Fall. . . Es ist übrigens auch wohl nicht anzunehmen, daß der Reichsfinanzsekretär Sydow, der die Nachlasssteuer früher öffentlich als conditio sine qua non der Finanzreform bezeichnet hat, sich nun im Bundesrat zum Fürsprecher des Kompromisses hergeben kann. Darunter müßte jedenfalls sein persönliches Ansehen im Bundesrate schwer leiden. Das Kompromiß ist nun einmal ein Verlegenheitsprodukt schlimmster Art und wird sich im Laufe der Zeit sicher nicht als ein gangbarer Weg zur Herstellung geregelter Reichsfinanzen, sondern als eine böse Sackgasse erweisen.“

Prozeß Eulenburg. Der „Schwerkranke“ wird in den nächsten Tagen auf Veranlassung der Wissenschaftlichen Deputation von den Professoren Schmidtman und Straßmann daraufhin untersucht werden, ob er in absehbarer Zeit verhandlungsfähig sein wird. Das Medizinalkollegium hatte dies verneint.

Evangelische Pfarrer als Zentrums-Agitatoren. Der Ausfall der Stichwahl in Bingen-Alzey, wo mit nationalliberaler Hilfe der Zentrumskandidat gewählt wurde, hat sowohl in der Reihen der Nationalliberalen wie der Freisinnigen böses Blut gemacht. Nun scheinen die Differenzen auch auf das religiöse Gebiet hinüberzuspülen; denn es wird jetzt bekannt, daß die meisten protestantischen Geistlichen gegen ihren Amtsbruder Kroll und für den Zentrumskandidaten Uebel gewirkt haben. Es wird sogar behauptet, daß das Ober-Konfistorium in Darmstadt die evangelischen Geistlichen vertraulich angewiesen hat, den Pfarrer Kroll nicht zu unterstützen. In einzelnen Orten des Wahlkreises macht sich infolgedessen eine lebhaftere Bewegung geltend, die auf den Austritt aus der Landeskirche hinzielt.

Der Wahlrechtskampf in Kiel. In der Sitzung der städtischen Kollegien am Samstag brachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihr Mißtrauen gegen den Magistrat in scharfer Weise zum Ausdruck, weil dieser es ablehnte, einem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung zu geben, daß die nach Berlin gehende Deputation ihr Schweregebot aufgeben und den Stadtverordneten von dem Resultat der Verhandlungen mit dem Minister Mitteilung machen solle. Sie trieben Obstruktion und beantragten Aufhebung von 13 Vorlagen der Tagesordnung, die 16 Vorlagen aufwies. Dabei war die Luftbarkeitssteuer, die der Magistrat bis zur Staatsberatung, die am Dienstag stattfinden soll, fertig haben will, weil die daraus erwartete Mehreinnahme zur Hebung der Finanzklemme nötig ist. Die Obstruktion war möglich, da 10 Stimmen genügen, die Tagesordnung zu ändern. — Ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten, das nicht zur Verlesung gelangte, hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten erklären hiermit, daß sie nach den fortgesetzten Versuchen des Magistrats, seine Macht zu vergrößern, aber die der Stadtverordneten und das Wahlrecht der Bürgerschaft zu beschneiden, keinen Grund haben, vor oder nach Abschluß der Wahlrechtsfrage dem Oberbürgermeister und dem Magistrat in irgend einer Hinsicht Vertrauen zu schenken. Sie werden es sich daher zum Ziele setzen, den Platz des Oberbürgermeisters, sobald als es möglich ist, für einen Nachfolger, dem man Vertrauen schenken kann, freizumachen.“

Ausland.

Ungarn.

Der Kampf des Proletariats gegen die Mächthaber. Der Minister des Innern Graf Andrássy hat bekanntlich den Verkauf der „Nepfava“ auf den Bahnhöfen verboten. Diese Unterdrückungsmaßregel hat aber für den „schwarzen Grafen“ nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Unsere Budapestener Parteigenossen haben den Schlag pariert, indem sie ihrem Organ innerhalb von zwei Tagen 800 neue Abonnenten zuführten.

Ebenso wenig lassen sich die Gewerkschaften durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung entmutigen. Sie haben dem Minister dieser Tage durch ein Memorandum angezeigt, daß sie zur geheimen Organisation übergehen werden. In dem Schriftstück wird darauf hingewiesen, daß seit der Ministerialentscheidung des Grafen Andrássy in Ungarn 400 Arbeitervereine geschlossen, aber keine Statuten von neuen Arbeitervereinen bewilligt wurden, während die Statuten von circa 800 Unternehmerverbänden genehmigt wurden. Diese Unternehmerorganisationen läßt man ruhig gewähren; sie üben den größten Terrorismus aus, belegen diejenigen Gewerbetreibenden, die sich ihnen nicht anschließen, mit hohen Geldstrafen. — Nach Aufzählung der jüngsten Verfolgungen gegen die Arbeitervereine wird dem Minister zur Kenntnis gegeben, daß die organisierten Arbeitererschaft auf das Recht, Geldmittel für ihre Lohnkämpfe zu sammeln, nicht verzichtet und hierfür eine geeignete Organisationsform gefunden hat, die für die Behörden nicht fahbar sein wird. Der Minister wird ersucht, mitzuteilen, ob er gewillt ist, den Arbeitern dasselbe Maß von Vereinsrecht zu gewähren, wie den Unternehmern. Erhalten die Arbeiter keine befriedigende Antwort, so werden sämtliche Arbeiterorganisationen ihre jetzige Form aufgeben und sich eine Organisationsform schaffen, die sie vor den Uebergriffen der Behörden schützt.

Dänemark.

Sozialdemokratische Gemeindevahlerfolge. Während die Stadtverordneten für Kopenhagen auf den 12. März festgesetzt sind, haben die Stadtrats- und ländlichen Gemeindevahlen in der Provinz bereits am 1. März begonnen und bis Mitte dieses Monats müssen alle 72 Städte- und 1200 Landgemeinden ihre Wahlen vollzogen haben. Es sind die ersten Wahlen nach Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts, Einführung des Proportionalsystems sowie des Frauen- und Gesindewahlrechts, die ersten Wahlen nach jener Gemeindevahlerrechtsreform, die zwar einen großen Fortschritt in sich schließt, andererseits aber auch so gestaltet ist, daß es der Sozialdemokratie möglichst schwer gemacht wird, die absolute Mehrheit in den Gemeinden zu erlangen und sie zum Wohle der Gesamtheit auszunutzen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist dementsprechend auch meist die Wahlparole aller bürgerlichen Parteien, die sich an verschiedenen Orten zusammengeschlossen haben, um unsere Genossen aus der Gemeindevertretung so viel als möglich fernzuhalten. Jedoch zeigen schon die bis jetzt vollzogenen Wahlen, daß das keineswegs gelingt, und daß die Sozialdemokratie nun auch in solchen Orten Wahlerfolge erzielt, wo das bisher nicht möglich war. So sind auf Seeland in dem kleinen Stationsort Haslev, einer festen Burg der Innern Mission, die hier auch den Wählern die Kandidatenliste der verbündeten Reaktion präsentierte, 147 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, neben 141 radikalen und 482 Missionarstimmen, und unsere Genossen erhielten 2 Mandate, die Radikalen ebenfalls 2, die Missionarleute 7. In Raskov auf Lolland wurden 1207 Stimmen auf die sozialdemokratische Liste und 1321 auf die der Antisozialisten abgegeben, sodas von unseren Genossen 7, von der Reaktion 8 Vertreter gewählt sind. In Sleren (Westjütland), wo die Innere Mission ebenso dominiert wie in Haslev auf Seeland, ist zum erstenmale ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt worden neben 6 Missionarstimmen und 2 anderen Bürgerlichen. In Allinge auf Bornholm sind, wie vor zwei Jahren, 5 Sozialdemokraten gewählt, die Stimmengahl unserer Partei ist jedoch von 160 auf 296 gestiegen.

Weitere Wahlerfolge unserer Genossen werden aus einer Reihe kleiner Bardorte gemeldet, aus rein bäuerlichen Gegen-

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

57

(Fortsetzung.)

Von Cloten ziefte lange, aber sei es, daß das neue Ziel ihn verwirrte, sei es, daß seine Hand schon unruhig geworden war — seine Augen trafen nur den oberen Rand der Karte. Oswald trat vor; sein Auge schweifte über die Schar der Gesellen, die um ihn herum stand. Denke dir, das ist die Schar irgend eines beliebigen Adligen, hörte er eine wohlbekannte Stimme flüstern. . . Sein Schuß trachte. An der Stelle des Affes war das Loch der Kugel in der Karte.

Trösten Sie sich, Cloten, sagte Oldenburg. Non semper arcum tendit Apollo — zu deutsch: Vorbeischießen muß auch sein.

Wirklich meisterhaft, sagte von Barnewitz, die Karte herumzuzeigen; das ist rein herausgeschossen.

Wollen Sie Revanche haben, Herr von Cloten? Nein, danke, ein andermal. Fühle, daß meine Hand nicht mehr sicher —

Warum haben Sie nicht Neugeld gezahlt, Cloten? sagte Oldenburg, das gewonnene Geld lachend in die Tasche steckend.

Sie sind hier sind sie! riefen da auf einmal helle Mädchenstimmen, und um das Gesicht herum, das den Schießstand vom Wege trennte, kamen Emilie von Breesen, ihre Kusine Risheth von Meyen und eine von den jungen Fräulein von Nabelitz, wie ebensoviele weiße Schmetterlinge.

Sie sind allerliebste Herren — Spielberberber — im Augenblick kommen Sie wieder zurück — so schallten die Stimmen durcheinander.

Du könntest auch etwas besseres tun, als hier den ganzen Nachmittag bei dem alten dummen Schießen zubringen, sagte Emilie von Breesen zu ihrem Bruder.

Er muß auch mit, rief Risheth, wir nehmen sie gefangen. Du Emilie, nimm den Doktor, du bist die Stärkste

und er ist der Nabelsführer — Natalie, Natalie, halt Herr von Langen fest! er will davonlaufen.

Meine Herren, rief Oswald, jeder Widerstand wäre Hochverrat! — Meine Damen! wir ergeben uns auf Gnade und Ungnade, und er bot Fräulein von Breesen den Arm. Die beiden anderen Herren folgten seinem Beispiele; die drei hübschen Mädchen eilten lachend und scherzend davon.

Eine Entführung in optima forma, sagte Oldenburg. Wir gehen auch wohl, ihr Herren, rief Barnewitz; denn ich fürchte, wenn wir warten wollen, bis wir von den jungen Damen abgeholt werden, so können wir lange warten.

Allons enfants de la patrie! sang Oldenburg in möglichst falschen Tönen mit einer Stimme, die wesentlich dem Krähen eines heiseren Hahnes an einem regnerischen Tage gleich, und sagte von Cloten unter den Arm.

Cloten, mein Bräuer, wir werden alt, sagte er, während sie in einiger Entfernung hinter den andern dem Hause zuschritten. Wenn wir nicht bald machen, daß wir unter die Haube kommen, so ist uns jede Hoffnung auf eheliches Glück, legitime Vaterfreuden und ein seliges Ende, Amen, abgeschnitten.

Oh, Spaß! Baron, Sie sind mindestens fünf Jahre älter als ich.

Das hindert nicht, daß die jungen Damen einen wie den andern on canaille behandelt haben.

Die kleine Emilie ist ein verdammt hübscher Backfisch. Si Signore, und was für ein paar große, graue, verlebte Augen sie dem Doktor machte! Mit sechzehn Jahren! wahrhaftig alles Mögliche!

Verdamme Puppel!

Wer? — Fräulein Emilie?

Oh, — der Mensch, der Doktor!

Ja, so! Ich hab's Ihnen ja gleich gesagt! Die Mägdelein rissen sich um ihn! Und wie der Kerl schießt, Cloten! Möchte ihm nicht fünf Schritte Barriere und zehn Distanz gegenüberstehen!

Oh! danke für ein Duell mit so einem Bürgerlichen. Partie ist zu ungleich. Meinen Sie nicht auch, Baron?

Wiggle ist der Mann die Frucht einer Liaison zwischen einem Sohn des Himmels und einer Tochter der Erde. Was heißt das?

Wissen Sie nicht, daß vor Abraham die Kinder von Adligen mit Bürgermädchen so bezeichnet wurden?

Nein, habe nie gehört! Sohn des Himmels — famos! Uebrigens traue Schrift nicht. Wissen doch selbst zugeben, Baron, diese Idee, alle Menschen von einem Paare abstammend zu lassen — Adelige und Bürgerliche — geradezu abgeschmackt, horribel — lächerlich! Habe mir immer gedacht, daß Schrift von diesen Bürgerlichen in ihrem Interesse zurecht gemacht ist. Hat mich stets geärgert, wenn Hauslehrer mir die alte Geschichte erklären wollte.

Cloten, sagte Oldenburg stehen bleibend und seinem Begleiter die Hand auf die Schulter legend! Cloten, Sie sind ein großer Mann. Dieser Gedanke bringt Sie in eine Reihe mit den tiefinnigsten Denkern aller Jahrhunderte.

Oh, was — reden Sie nun im Ernst, Baron, oder scherzen Sie, wie gewöhnlich.

Lieber Cloten, sagte Oldenburg, seinen Arm wieder unter den seines Begleiters steckend und weiter gehend: lassen Sie sich ein für allemal gesagt sein, daß es mir immer um das, was ich sage, fürchterlicher Ernst ist, und der Gegenstand, von dem wir sprechen, ist wahrlich von unangehörter Bedeutung, als daß er eine scherzhafte Behandlung verträuge. So hören Sie denn — aber machen Sie keinen ungeeigneten Gebrauch von der Sache, Cloten.

Gott behahre — mein Ehrentwort!

So hören Sie denn daß dieselbe Frage, deren richtige Beantwortung Sie mit dem sichern Lakte des Genies sofort fanden, mich jahrelang beschäftigt hat. Auch ich sagte mir: der Unterschied des Namens, des Standes — er ist ein Unterschied des Blutes, des Gemütes, der Seele — einfin: der ganzen Natur. Wie können nun zwei so verschiedene Wesen von demselben Menschenpaare abstammen? Wo bleibt der Unterschied, wenn sie von einem Menschenpaare abstammen? Der Geist verwirrt sich in diesem schauerhaften Widerspruch.

den. Beson
Dorfe R v
Dänemarks
halten hat.
103 Stim
daben gew
Drei ihrer
fierter So
männer fin
nur 24 St
haupte n
und zwei

wollen d
K n i t t e
mit einem
Abgeordn
mehr Aus
daten Ob
bezirk ist,
altliberal

haben in
männerfo
stark den
als Kand
datur an
folgendes
„Ein
tretern
tische V
freisinnig
der Na

Ob di
erscheint
einigerm

Wenn
evangelis
Bereinigu
trums bi
als wild
die Unter
politriert
wandter
ri ch s e
7 Uhr, d
zusammen
ersehen w
und d i

Wille
lungen d
gehalten
Schreckli
evangelis
brauch d
Pastor E

Das i
tagstahl
warnten,
die ganze
Wahlkun
lichen fü
brauchen,
diesen W
rufen. S
sich auf
geklärt,
renden G
an das I

Gott,
Wie
schäftigte
zu lösen,
einjames
spottet. A
auch auf
Nein
Arum
nich, gar
Herr
Bozu? —
Weil
Klöstern
sonst irge
Sache au
Sprachen
sprach, t
nach dem
die Bildl
Dies zu
nehm. I
In Pale
Oh, i
unterbro
Unter
von Zbn
Nein,
wollte ja
Gedelman
euer Zuf
Ihrer S
— heißt
die Berf
fest! Gaf

Unter
gende übe
die Zeitu

Macht haben... bekanntlich... verboten... den... schwärzt... abt... unsere... pariert... in... 800 neue

n durch die... entmutigen... Memorandum... über... auf... hingen... Andraßy in... eine Statu... während... nben... gehen... läßt man... ismus aus... ihnen nicht... Aufzählung... vereine wird... organisierten... ihre Lohn... für eine ge... für die Be... wird erlucht... selbe Maß... ernehmen... Antwort, so... ehige Form... ften, die sie

während die... März fest... einberats... men und bis... 200 Landge... ersten Maß... Ein fäh... und Ge... Gemeinbe... tritt in sich... es der So... absolute Mehr... able der Ge... Demokratie... bürgerlichen... engschlossen... tung so viel... is jetzt voll... daß die So... olge erzielt... and in dem... der Innern... tenliste der... eim Sozial... und 6 Mi... ngen Ge... sind. In... enso domi... eim Sozial... en 6 Mi... ngen ge... okraten ge... on 160 auf

aus einer... en Gegen... n zwischen... r Erde... nder von... en?... famos... geben... e abstamm... geradezu... mmer ge... rem In... ert, wenn... te... d seinem... oten, Sie... ie in eine... hundert... on, oder... n wieder... es mir... ist, und... h von zu... afte Be... machen... Cloten.

richtige... enies so... ich sagte... er ist... Seele... so ver... nmen?... menschen... m schau...

den. Besonders bemerkenswert ist noch die Wahl in dem großen Dorfe Svärkeby bei Ringstad auf Seeland, das erste Dorf Dänemarks, das eine sozialdemokratische Gemeindegewalt erhalten hat. Dort wurden auf die rein sozialdemokratische Liste 103 Stimmen abgegeben und vier sozialdemokratische Kandidaten gewählt; auf die Liste der Häusler fielen 90 Stimmen. Drei ihrer Kandidaten sind gewählt, von denen einer organisierter Sozialdemokrat ist, die beiden anderen radikale Linksmänner sind. Eine dritte Liste, die der Bauernhöfbesitzer, erhielt nur 24 Stimmen und kam so bei der Mandatverteilung überhaupt nicht in Betracht. Es sind also fünf Sozialdemokraten und zwei Radikale gewählt in Svärkeby.

Badische Politik.

In Karlsruhe-Ost

wollen die Jungliberalen den Buchdruckereibesitzer Dr. Knittel als Landtagskandidaten aufstellen. Man glaubt mit einem jungliberalen Kandidaten gegen den bisherigen Abgeordneten dieses Bezirks, unsern Gen. Dr. Frank, mehr Aussichten zu haben, als mit dem früheren Kandidaten Oberrechnungsrat Gangel. Für den Weststadbezirk ist, wenn der lokale Block nicht zustande kommt, ein altliberaler Kandidat in Aussicht genommen.

Die Demokraten

haben in einer am Sonntag stattgefundenen Vertrauensmännerkonferenz in Schopshheim für den dortigen Bezirk den praktischen Arzt Gustav Knoderer in Vorschlag als Kandidaten aufgestellt. Knoderer nahm die Kandidatur an. In den Reichstagsabgeordneten Bayer wurde folgendes Telegramm abgefaßt:

„Eine zahlreiche, fast ausschließlich von bäuerlichen Vertretern im Herzen des Markgräflerlandes besuchte demokratische Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unter allen Umständen an der Reichstagswahl festhält.“

Ob diese Resolution den beabsichtigten Zweck erreicht, erscheint im Hinblick auf die bisherige Haltung Bayerns einigermaßen fraglich.

Das evangelische Zentrum.

Wenn nicht alle Angehörigen trügen, läuft die von dem evangelischen Pfarrer Karl ins Leben gerufene politische Vereinigung auf die Gründung eines evangelischen Zentrums hinaus. Karl kandidiert im Schwesinger Bezirk als wildfonjerbater Kandidat und erhält als solcher die Unterstützung des Zentrums. Wohin die Reise dieser politisierenden Pastoren geht, zeigt ein Gesinnungsverwandter Karls, der Pfarrer Schönthal in Friedrichsfeld. Er rief am Donnerstag, den 4. cr., abends 7 Uhr, durch Glockengeläute seine Kirchengemeinde zusammen, um, wie aus der Friedrichsfelder Zeitung zu ersehen war, einen Vortrag über: „Das Christentum und die Politik“ zu halten.

Vielleicht erleben wir es noch, daß die Wahlversammlungen dieser neuen politischen Richtung in der Kirche abgehalten werden. Den Nationalliberalen ist ein heilloser Schrecken in die Glieder gefahren und sie beschwören das evangelische Volk förmlich, gegen diesen „unerhörten Mißbrauch der Kanzel zu protestieren“. Gleichzeitig wird Pastor Schönthal seiner vorgelegten Behörde „empfohlen“.

Das ist erst nationalliberal. Als bei der letzten Reichstagswahl die bayerischen Bischöfe die Zentrumswähler warnten, für Sozialdemokraten zu stimmen, ging die ganze nationalliberale Presse mit der bischöflichen Wahlkundgebung freiben. Und wenn einmal die Geistlichen für die nationalliberale Partei die Kanzel mißbrauchen, wird kein einziges nationalliberales Blatt gegen diesen Mißbrauch der Kanzel das Volk zum Protest aufrufen. Gätten die Nationalliberalen anstatt fort und fort sich auf die Regierung zu verlassen, das Volk politisch aufgeklärt, dann hätten sie jetzt die Konkurrenz der politisierenden Geistlichkeit nicht zu fürchten. Jetzt ist es zu spät, an das Volk zu appellieren; zumal die Nationalliberalen

selbst evangelische Geistliche als Kandidaten aufstellen und somit das tun, was sie bisher dem Zentrum stets zum Vorwurf gemacht haben. Wer die Geistlichen in die politische Arena ruft, hat das Recht verwirkt, über die Verquickung von Religion und Politik und über den Mißbrauch der Kanzel Peter und Morbio zu schreiben.

Die Folgen der Tarifreform.

Ueber die Sitzung des Eisenbahnrats wird der „Oberrheinischen Korrespondenz“ berichtet:

„Eisenbahnminister v. Marschall legte die Finanzlage der badischen Bahnen dar, die noch nie so schlecht war als gegenwärtig. Der Reinertrag des Jahres 1908 beläuft sich nur auf 13 Millionen gegen 28 Millionen des Vorjahres und ist der niedrigste, der je erzielt worden ist. Als Abhilfe empfiehlt er, da an dem persönlichen Aufwande nicht gespart werden kann, die Verminderung der Zugleistungen durch Aufhebung einiger beschleunigter Personenzüge, in denen die dritte Klasse zu dem Satz von 2 Pf. bemüht werden kann. Die Mitglieder des Eisenbahnrats schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen des Eisenbahnrats an, gaben aber der Meinung Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung vor Durchführung ihrer Maßnahmen den Landtag befragen soll. Der Minister sagte zu, die Anregung im Staatsministerium zur Erörterung zu bringen.“

Der „Schwäbische Merkur“-Korrespondent berichtet weiter, daß auch die Frage der Einführung der vierten Wagenklasse besprochen worden sei und daß die allgemeine Ueberzeugung im Eisenbahnrat dahin gehe, daß die badische Sonderreform, d. h. also der 2 Pfennig-Tarif, für die Personenzüge 3. Klasse nicht aufrecht erhalten werden könne. Es kommt also genau so, wie Abg. Kolb es seinerzeit in der zweiten Kammer vorhergesagt hat. Die Herren, welche die Tarifreform akzeptierten, stimmen auch für die Einführung der 4. Klasse und für die Beseitigung der beschleunigten Personenzüge. Das badische Volk wurde wieder einmal betrogen.

Elektrizität und Landwirtschaft.

Schon seit Jahresfrist wenden sich Gemeindebehörden und Vereinsleitungen aus den verschiedensten Teilen des Landes an den Verband der bad. Landw. Konsumvereine mit Anfragen über elektrische Angelegenheiten und geben darin dem Wunsch Ausdruck, daß der Verband zwecks einheitlicher Durchführung elektrischer Einrichtungen im Interesse der Landwirte und Kleinrentnerbetriebe die Angelegenheit in die Hand nehmen müßte.

Die Elektrizität und ganz besonders die elektrische Kraftquelle, zu angemessenen Preisen und zu kulantesten Bedingungen geliefert, bietet unsern Landwirten ein hervorragendes Mittel zur raschen, bequemen und billigen Durchführung einer Reihe von Arbeiten und trägt nicht unwesentlich zur Verbilligung der Produktionskosten bei. Keine andere Kraft, nicht einmal die tierische (Mühselwerk) kann in Vergleich gezogen werden. Im letzten Jahrzehnt sind auch in Baden eine Reihe von Elektrizitätswerken gebaut worden, die größere Städte, Kurorte, industrielle Unternehmungen mit Elektrizität versorgen. Am tagsüber, also außerhalb der Beleuchtungszeit, ebenfalls einen entsprechenden Absatz zu erlangen, wurden Abnehmer in den benachbarten Landgemeinden gesucht. Die Kraft wird „über Land“ geleitet, daher der Name „Ueberlandzentrale“.

Bei Einrichtung dieser Ueberlandzentralen, insbesondere bei Festlegung der Stromlieferungsbedingungen den Installationen von Lampen, Motoren usw. wurden ohne Zweifel mancherorts auch recht trübe Erfahrungen gemacht, die heute noch nicht geeignet sind, die Elektrizität in jenen Bezirken populär zu machen. Es wird hauptsächlich über unzulängliche Handhabung der Verträge, über die horrenden Preise für Installationen und Motoren geklagt, welche die betreffenden Elektrizitätsfirmen dank ihrer Monopolstellung sich zu verschaffen wußten. Auf Grund vorgelegter Rechnungen konnte der Verband feststellen, daß manche Installationsanlagen um 100-150 Mk. zu teuer bezahlt wurden. In Mittelbaden wurde von einer Elektrizitätsfirma durchschnittlich 490 Mk. für einen 2pferdigen Motor ausweislich der dem Verband vorgelegten Originalrech-

nungen verlangt, während dieselbe Firma dem Verband genau dieselben Motoren zu 200 Mk. anbietet. Das sind doch ungesunde Verhältnisse!

Diese Tatsachen veranlassen die Leitung des Verbandes der bad. Landw. Konsumvereine Mittel und Wege zu ergreifen, um für die Folge auch nach dieser Richtung hin die Interessen der Landwirte nachdrücklich zu wahren.

In mehreren Gemeinden des badischen Oberlandes, die vom Elektrizitätswerk Schaffhausen mit Kraft versorgt werden, hat der Verband bereits mit gutem Erfolg eingegriffen und Verträge mit den betr. Gemeinden abgeschlossen, wonach der Verband einen in seinen Diensten stehenden tüchtigen Oberingenieur zur Verfügung stellt.

Die Gemeinden zahlen dafür eine entsprechende Vergütung. Leitungsstangen, Elektromotore und Zähler werden vom Verband beschafft, der bereits einen Auftrag von circa 1000 Stück Motoren zur Ausführung in Händen hat, und — was ja leicht begreiflich ist — dadurch imstande ist zu ganz hervorragend billigen Preisen jedem einzelnen Landwirt den benötigten Motor zu liefern. Die Installationsarbeiten in den einzelnen Gemeinden gelangen im Konkurrenzverfahren zur Vergebung und werden die Preise der Leitungsanlagen, Beleuchtungskörper, Montagetkosten genau festgelegt. Ständig steht außerdem den Landwirten der Verbands-Ingenieur zur Verfügung, der bemüht und bestrebt ist, jedem einzelnen Anschlußnehmer weitgehendste Auskunft in allen Fragen zu erteilen.

Auf diese Weise dürften die ungesunden Auswüchse, welche sich bei den Einrichtungen elektrischer Anlagen mancherorts gezeigt haben, für die Zukunft beseitigt werden und man könne nur dringend raten, in solchen Fragen rechtzeitig Aufschluß beim Verband einzuholen.

So weit die Mitteilungen der „Badischen Korrespondenz“. Auch hieraus sieht man wieder, welchen großen Fehler die badische Regierung seinerzeit gemacht hat, als sie die oberrheinischen Wasserkräfte der privatkapitalistischen Ausbeutung überließ.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstische ist Staatssekretär Kraetke erschienen.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt. Beim Titel „Außerordentliche, unwiderrufliche Zulagen für mittlere Kanzleibeamte und Unterbeamte in der Provinz Posen und den gemischt sprachigen Teilen der Provinz Ostpreußen“ erklärt

Abg. v. Trejnski (Pol): Wir bekämpfen die Ostmarkenzulagen nach wie vor, da sie nicht als Teuerungszulagen anzusehen sind, sondern politischen Zwecken dienen.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel Beiträge zu den Betriebskrankenkassen für die bei Post und Telegraphie beschäftigten Krankenversicherungspflichtigen Personen tritt

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) für die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die Familienangehörigen der Beamten ein.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel „Zuschuß zu den Kleiderkassen für die Beschaffung der Dienstbekleidung für die Unterbeamten“ warnt

Abg. Jrl (Zentr.) davor, die Anfertigung der Dienstkleider in eigene Regie zu übernehmen. Die Innungen sollten dabei mehr als bisher beteiligt werden.

Staatssekretär Kraetke ist mit dem Vorredner vollständig darin einverstanden, daß die Innungen hier mehr beteiligt werden. Dazu sei aber die Einreichung preiswerter Offerten erforderlich.

Bei Titel „Erweiterungsbauten“ macht

Abg. Wöhle (Soz.) auf die schlechten Verhältnisse der Postnebenämter in Strahburg i. E. aufmerksam und bittet um Abstellung. Es liege auch eine Petition der Strahburger Bürgerschaft, unterstützt von der Handelskammer, vor, die um Abstellung der Mißstände bittet.

Aus den Witzblättern.

„Simplizissimus.“

Adolf Wagner unter den Agrariern. Das Erlebnis Adolf Wagners in der jüngsten Tagung des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer, wo er von einem agrarischen interessierten Kreise für die Nachlaßsteuer eintrat, wird von Peter Schlemmli in der neuesten Nummer des „Simplizissimus“ wie folgt erzählt:

Adolf Wagner stieg auf den Katheder. „Gott zum Gruß, ihr Herrn!“ sprach er. Jeder, den ich hier erblickt in diesem Kreise hohen Adels, liebt nach väterlicher Weise unsere deutsche Heimat. Ihr zu dienen, war von je die höchste Ehre Ihnen!“

Bravo! Bravo! schrie's von jeder Bank, Schrie's von rechts und links und mittenman, Bravo Wagner! Ei, wie Donnerhall, Braust zum Redner dieser Freundschaft. „Ergo“, fuhr Professor Wagner weiter (Und der Jubel stimmt ihn sichtlich heiter), „Ergo“, weil wir so die Heimat lieben, Glühend lieben und mit heißen Trieben, Wollen wir nicht bloß mit Worten prahlen, Nein, wir wollen alle kräftig zahlen!“

Psst und Psst! so brüll't's von jeder Bank, Brüll't's von rechts und links und mittenman, Jeder Adelige wurde blau, Brüllte rasend wie die Heimaufbau. Rämlich — sagte Wagner — opferwillig

Gott, Baron, endlich sprechen Sie doch einmal wie —

Wie ein Baron. Hören Sie weiter. Diese Frage beschäftigt mich so unausgesetzt, daß ich endlich beschloß, sie zu lösen, es koste, was es wolle. Ihr habt alle über mein einjameres Leben, über mein Studieren und so weiter gehoptet. Wissen Sie, Cloten, was ich studierte, während ihr euch auf der Jagd oder beim Pharaos amüsiert?

Nein — auf Ehre —

Aramäisch, chaldäisch, syrisch, mesopotamisch, hindostanisch, gangobramaputritsch — sanskrit —

Herr Gott des Himmels! Das ist ja schauderhaft! Wo zu?

Weil ich die feste Ueberzeugung hatte, daß sich in den Klöstern Armeniens, in den Katakomben Aegyptens, oder sonst irgendwo im Orient eine alte Handschrift, welche die Sprache aufklärte, entdecken lassen müßte. Als ich alle jene Sprachen und Dialekte so fertig wie deutsch und französisch sprach, trat ich vor drei Jahren meine letzte große Reise nach dem Orient an. Im Vorübergehen durchsüßerte ich die Bibliotheken Italiens. In Rom traf ich Barnewitzens. Dies Zusammenreffen war mir im Grund sehr unangenehm. Aus Höflichkeit mußte ich sie bis Sizilien begleiten. In Palermo aber machte ich, daß ich davon kam.

Ah, das erklärt Ihr plötzliches Verschwinden — das unterbrochene Opferfest, habaha!

Unterbrochenes Opferfest — der Ausdruck stammt nicht von Ihnen, Cloten.

Nein, auf Ehre — ist 'ne Erfindung von Gortense, wollte sagen, von der Barnewitz, verbesserte sich der junge Edelmann. Sie behauptet — unter uns, Baron, — daß einer Zusammenreffen in Rom gar nicht so absichtslos von Ihrer Seite und die ganze Reise von Rom nach Palermo — heißt ja wohl Palermo? — ein reiner Triumphzug für die Bertow gewesen sei; Opferfest — unterbrochenes Opferfest! Habaha!

(Fortsetzung folgt.)

Der Musterknabe.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Päd.-Ztg.“ folgende überlegene Ausführungen: Es ist eine der oft durch die Zeitungspalten gehenden „unbestrittenen Wahrheiten“, daß

die „Musterknaben“ der Schule im Leben wenig oder nichts leisten, die „Taugenichtse“ dagegen diejenigen sind, die sich im Leben durchbringen und nicht nur für sich persönlich etwas erreichen, sondern auch der Menschheit große Dienste leisten. Man hat auch mit der Zeit eine stattliche Reihe von früheren „Dummköpfen“ und „Taugenichtsen“ zusammengestellt, die in der Tat zu den Tüchtigsten des Menschengeschlechtes gehören. Sieht man diese inbessenen die Liste näher an, so kommt man meist zu dem Ergebnis, daß diese Geisteshelden entweder das Unglück hatten, mit Lehrern zusammenzutreffen, die für ihren Beruf überhaupt unfähig waren oder für eine ausgesprochenen Eigenart des Kindes kein Verständnis für keine Ausbildung besaßen, oder es sind Menschen, die in ihrer Jugend überhaupt keine Gelegenheiten hatten, einen geordneten Schulunterricht zu genießen. Trotzdem wird aus diesen Musterbeispielen schlankweg die „Wahrheit“ abgeleitet, daß die Leistungen in der Schule für das Leben von geringer Bedeutung seien.

Die Vorwürfe, die daraus konstruiert werden, gelten zumeist der höheren Schule, und diese hätte unseres Erachtens schon längst Veranlassung gehabt, den Nachweis zu erbringen, daß die übergroße Mehrheit der tüchtigsten Menschen auch tüchtige Schüler waren. Auf Grund der Schulakten würde eine solche Feststellung leicht möglich sein. Jeder, der seine eigene Schulzeit sich vergegenwärtigt und selbst einige Jahrzehnte als Lehrer tätig gewesen ist, wird wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß zwar nicht jedes Individuum für die Schulbank direkt geschaffen ist, daß manche persönliche Eigenart in Konflikt mit der Schulordnung kommt, daß aber im Ganzen sich die späteren Fähigkeiten nach Art und Stärke bereits in den Schuljahren offenbaren und daß tüchtige Schüler in der Regel auch tüchtige Menschen werden. Man sollte jene billigen „Wahrheiten“ der Zeitungen deswegen nicht so ohne weiteres laufen lassen. Sie schädigen den Kredit der Schule. Man sollte sich Mühe geben, in die Schulgeschichte der tüchtigsten Menschen genauer hineinzuleuchten und vor allen Dingen an die Erfahrung jedes einzelnen appellieren.

Daß unsere Schulen durchweg oder auch nur in der Mehrheit im Kriege mit denjenigen liegen, die etwas werden können, ist eine traurige Unwahrheit. Wenn es auch bei einzelnen der Fall ist, so wird damit nur bewiesen, daß die Schulen wie alles Menschenwerk an Unvollkommenheiten leiden und daß man alle Veranlassung hätte, für die Erziehung der Jugend die besten Kräfte

Unterstaatssekretär Franke: Die Angelegenheit wird im Auge behalten werden, nachdem bereits die dortigen Verhältnisse geprüft worden sind.

Mein Titel „Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden, sowie an Eisenbahn-, Schiffs- und Telegraphenunternehmungen, Beiträge zur Unterhaltung der internationalen Post- und Telegraphenbureaus“ wünscht

Abg. Erzberger (Zentr.) ausführliche Auskunft über diesen Titel. Aus dem Bericht der deutsch-südamerikanischen Telegraphengesellschaft geht hervor, daß die Gesellschaft für ihre Vergrößerung und für Tilgung ihrer Obligationen eine Garantie seitens der Reichspostverwaltung erhalten habe.

Staatssekretär Kräfte: Die Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft erhält keine Garantie, sondern nur eine Vergütung für ihre Dienstleistungen, wobei ein Teil der Summen bei der Seehandlung als Treuhänder hinterlegt werde, um den Obligationeninhabern die Zinsen zu sichern.

Abg. Gothein (freif. Vg.) wünscht Zurückweisung des Titels an die Kommission.

Abg. Erzberger (Zentr.) schließt sich diesem Wunsche an.

Staatssekretär Kräfte: Bezüglich der Gebührenzahlungen an die Dampferlinien können wir auf Amerika keinen Druck ausüben.

Nach weiterer Debatte wurde der Titel an die Budgetkommission verwiesen.

Bei den einmaligen Ausgaben hatte die Kommission beim Titel für Fernsprechzwecke 52 500, bzw. 3 Millionen Mark gestrichen. Nachdem Abg. Gothein (freif. Vg.) und Staatssekretär Kräfte für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eingetreten sind, wird diese mit 122 gegen 94 Stimmen beschloffen.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt. Bei den Einnahmen befristete Abgabe der Postfreiheit der Fürsten; Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) eine solche, worin der Reichstangler ersucht wird, mit den regierenden Fürsten über anderweitige Festsetzung der ihnen zustehenden Postfreiheit in Verhandlungen einzutreten.

Staatssekretär Kräfte bittet um Ablehnung der Resolutionen.

Abg. Erzberger (Zentr.) verlangt, daß die Post sich nicht in den Dienst politischer Parteien stelle. So wurde ein Aufschub zum Abonnement auf die „Nationalzeitung“ portofrei versandt.

Staatssekretär Kräfte: Es handelt sich um das Versehen eines Beamten, der dafür bestraft worden ist.

Nach weiterer Debatte wird die Resolution Gothein abgelehnt und die Resolution Hertling mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die am Samstag ausgeföhrte Abstimmung über die von der Kommission beschlossenen Abträge im Gesamtbetrag von 89 850 M.

Der Kommissionsbeschuß wurde angenommen. Damit war der Postetat erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerie wird debattelos erledigt. Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

Tagesordnung: Weingeseß. Kleinere Vorlagen.

Ist die wahre Liebe. Man soll billig nicht bloß seine Leute zahlen lassen, welche, wie man sagt, die Heimat hassen. Nein, man soll in adeligen Kreisen Der Gefühle Wahrheit auch beweisen.

Kalt dein Maul! Des Adels Liebe roset, Wenn's nicht's trägt, im Gegenteil was kostet. Alter Wagner, ich bin kein Professor, Aber dieses weiß ich wirklich besser.

Literatur.

Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. A. Silberstein-Nizdorf. Von diesem interessanten Heftchen — das in der bekannten „Arbeitergesundheitsbibliothek“ im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheint — ist jetzt die dritte neu durchgesehene Auflage erschienen. Die rege Nachfrage zeigt am besten für die Nützlichkeit der Arbeit. Am einen Heftchen über den Inhalt dieses Heftes zu ermöglichen, geben wir einige Titelüberschriften wieder. Pflege des Neugeborenen. — Die natürliche Ernährung des Kindes. — Die Entwöhnung. — Die künstliche Ernährung des Säuglings. — Die Zahnung. — Die Haut- und Mundpflege des Säuglings.

Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

In freien Stunden. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 5 und 6 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenen Romans „Kienowich“ von Walter Scott sowie der Erzählung aus der russischen Revolution „Kammerjäger“.

Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

Kommunale Praxis. Heft 7 und 8 sind erschienen und zeigen erneut, wie außerordentlich reichhaltig diese Wochenschrift ist, die für jeden Genossen, der in dem weitverbreiteten Gebiet der Kommunalpolitik tätig sein will, ohne Uebertreibung als unentbehrlich zu bezeichnen ist. Preis pro Quartal 3 M. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen.

Probenummern frei vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Kommunalpolitik.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde.

Es ist schon öfters in Versammlungen und in der Parteipresse darauf hingewiesen worden, wie wichtig für die Entwicklung unserer ganzen Bewegung eine Vertretung unserer Partei in den Gemeindeparlamenten, in den Gemeinderatskollegien sowohl wie in den Bürgerausschüssen ist. Wir haben dort die Aufgabe, die ganze Verwaltung der Gemeinden in fortschrittlichem Sinne zu beeinflussen und haben besonders diejenigen Genossen, die von ihren Wählern dort hin entsandt worden sind, die Pflicht, ihren Posten voll und ganz auszufüllen und nicht etwa bei einer ihnen nicht genehmen Sache sich von der Sitzung zu drücken. Ich möchte hierbei besonders auf einen Punkt verweisen. Handelt es sich z. B. um Gehaltserhöhung eines Gemeindebediensteten oder Beamten, so wird, namentlich in den Landgemeinden, zuerst vorher in den Wirtschaften möglichst in aller Breite darüber debattiert und man gelangt schließlich zu der Ansicht, daß der Betreffende froh sein muß, daß er Beamter oder Bediensteter ist und ja nicht mit Aufbesserung kommen soll, da ja sonst andere genug da sind, die die betr. Stelle für das bis jetzt bezahlte Gehalt versehen. Ganz anders ist es in dieser Hinsicht in den Städten, namentlich den größeren. So hat im letzten Jahre Karlsruhe seinen Beamten und Arbeitern das Gehalt erhöht und das unter positiver Mitwirkung unserer Bürgerausschussfraktion. Auf dem Lande verfährt man sich oft hinter die Behauptung, durch eine durchgreifende Lohn- und Gehaltserhöhung würde die Erhöhung des Umlagefußes nicht zu umgehen sein. Nun sind beispielsweise in der Nähe größerer Städte Gemeinden, in denen sich schon ziemlich industrielles Kapital ansässig gemacht hat, die deshalb größere umlagepflichtige Unternehmungen heranziehen können.

Uns sind Gemeinden bekannt, in denen die Erhöhung des Umlagefußes um 1 Pfennig eine Mehreinnahme von 1—2000 M. ausmacht, die Gehälter ihrer Angestellten sind indes meistens geradezu miserabel zu nennen. Hier wäre es Sache unserer Vertretungen, bei den jetzt stattfindenden Voranschlagsberatungen auf das Unwürdige dieser Verhältnisse hinzuweisen und die Gemeinderäte zur Vorlage von Gehaltsaufbesserungsanträgen zu veranlassen. Beim Staat und bei den größeren und mittleren Städten hat man in Anbetracht der jetzigen Steuerungsverhältnisse die Gehälter der Beamten und Bediensteten schon längst aufgebessert und auf dem Lande, namentlich aber in der Nähe größerer Städte, sind beinahe die gleichen Steuerungsverhältnisse wie in diesen selbst. Als Arbeiter sind wir unter allen Umständen verpflichtet, da, wo wir als Arbeitgeber auftreten, für anständige Bezahlung zu sorgen. Es wird auf dem Lande vielfach darüber geflagt, daß die Angestellten auf Kringselber usw. interessiert sind; aber wir sind der Ueberzeugung, daß bei einer Bezahlung wie sie hier üblich, auch charaktervolle Männer Kringselbern zugänglich werden, wenn sie nicht gerade Einkommen aus Privatvermögen haben. Wir sind hier der beherrschten Ansicht, daß der bestbezahlte Arbeiter auch der beste Arbeiter ist.

Gerade in der Nähe größerer Städte, in denen meistens starke Arbeitervertreter auf den Rathhäusern sind, sollte man aus Muthwillen für anständige Bezahlung votieren, denn es ist hier nur noch eine Frage der Zeit, bis die wichtigsten Gemeinbedienten von unseren Parteigenossen besetzt werden; außerdem können wir an eine Agitation unter den Angestellten gar nicht denken, wenn wir ihnen in Gehaltsfragen gegenüberstehen. Jedem, der um sein tägliches Brot arbeiten muß, sei es nun als Landwirt, Arbeiter oder Beamter, müssen wir ein menschenwürdiges Dasein gönnen und die Gemeindebeamten und Bediensteten, vom Bürgermeister bis herunter zum Polizeibedienten, haben meistens kein so sorgenfreies Dasein, wie es manchmal scheint.

Zur Kieler Wahlrechtsverflechtung wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphisch gemeldet: „Die Kieler Wahlrechtskonferenz in Berlin ist resultatlos verlaufen; sie wird höchstens eine vernichtende Niederlage der Wahlrechtsverflechter zur Folge haben. Damit ist auch die Geheimnisthramerei der Deputation zu erklären. Der Minister lehnte nämlich jeden Eingriff feinerer Art entschieden ab und erklärte, er verweise es, wenn die Stadtverordneten Kiels diese so wenig begründete Vorlage nicht annehmen wollten. Die ganze Verantwortung für die Wahlrechtsaktion trifft den Oberbürgermeister Fuchs.“

Nationalliberale Angriffe auf die Lernmittelfreiheit. In Stuttgart ist für die Volks- und Fortbildungsschulen seit wenigen Jahren die Lernmittelfreiheit eingeführt und hat sich vortrefflich bewährt. Am Donnerstag waren wieder die Mittel für das nächste Etatsjahr in Höhe von 74 000 M. zu bewilligen. Der nationalliberale Gemeinderat Prof. Weidrecht beantragte die Ablehnung, hatte aber erfreulicherweise keinen Erfolg damit. Der Gemeinderat bewilligte die Summe mit Zweidrittelmehrheit, der Bürgerausschuß aber nur mit 18 gegen 12 Stimmen. Das Schicksal der Lernmittelfreiheit in Stuttgart hing also von einer einzigen Stimme ab. Diese Abstimmung ist ein Warnungssignal für alle Freunde des kommunalpolitischen Fortschritts. Seit der Einführung der Proportionalwahl ist die Vertretung der Volkspartei auf dem Rathause, die unter dem früheren Wahlsystem durch Kompromisse mit anderen Parteien mehr Mandate erlangte, als ihrer Stärke entsprach, erheblich zurückgegangen. An ihrer Stelle sind Nationalliberale, Konserervative und Zentrumsvertreter aufs Rathaus gekommen. Die Mehrheit für solche sozialpolitischen Maßregeln, wie Lernmittelfreiheit, warmes Frühstück für Volksschüler usw., bestand aber seither nur aus Sozialdemokratie und Volkspartei. Es wird daher bei den nächsten Gemeinwahlen alles aufgegeben werden müssen, den reaktionären Parteien wieder Terrain abzugewinnen, da sonst die Früchte jahrelanger politischer Reformtätigkeit leicht wieder verloren geben könnten.

Barunterstützung für Arbeitslose. Nachdem die vor einiger Zeit von der Stadtverordnetenversammlung zu Wernigerode zur Barunterstützung von Arbeitslosen bewilligte Summe von 3000 M. aufgebraucht worden ist, bewilligte die Versammlung weitere 3000 M. zu dem gleichen Zwecke. Die Verteilung der Unterstützung an die organisierten Arbeitslosen erfolgt durch das Gewerkschaftskartell.

Sagseß, 8. März. Die Wahlen zum Bürgerausschuß finden voraussichtlich am Samstag, 20. ds., statt. Die Listen liegen schon jetzt auf, und zwar im Rathhaus bis abends 7 Uhr; ebenso ist die Wählerliste in der „Ranne“ einzusehen. Die Wahlberechtigten werden dringend ersucht, sich ihr Wahlrecht durch Einsichtnahme in die Wählerliste zu sichern.

Schopfheim, 4. März. Bürgerausschußsitzung. Am Freitag, 5. März, nachmittags 4 Uhr, versammelte sich der

Bürgerausschuß zur Beratung des Voranschlags. Die ganze Beratung mit der damit verbundenen Diskussion zeigte ganz klar, daß der größere Teil des Bürgerausschusses den gedruckten vorgelegten Bericht auch nicht im geringsten einer Durchsicht unterzogen hatte. Wenn dann noch, wie es der Fall war, vom Vorsitzenden nicht die notwendigen Erläuterungen zu den einzelnen Positionen gegeben werden, so kann man sagen, der Bürgerausschuß hat sich mit der Rolle der Bewilligungsmaschine längst abgefunden. Es wird erst besser werden, wenn die sozialdem. Fraktion statt 1 Mann deren 20 umfaßt; dann werden wir mit unserer Tätigkeit die übrigen dazu zwingen, mehr praktisch mitzuarbeiten bei solchen wichtigen Beratungen, als wie es bisher der Fall war. War es doch in dieser Sitzung Genosse Müller, und auch der Obmann des Ausschusses mußte es am Schluß selbst zugeben, daß bei der ganzen Aufstellung die „Sparsamkeit“ die Oberhand hatte. Auch unser Gemeinbedienter, der ja bei der Aufstellung des Voranschlags die Seele ist, gestand ein, daß er sich der Weisung des Gemeinderats fügen mußte, der Umlagefuß darf unter keinen Umständen gegen das Vorjahr überschritten werden. Dabei stellte es sich heraus, daß gar nichts, als das Allernotwendigste gemacht wird; alle die Aufgaben, welche die Gemeinde unabweisbar im Laufe der Jahre erfüllen muß, sind aufgeschoben. Ein Standpunkt, der kaum begriffen werden kann. Der Gemeinderat ging davon aus, den bisherigen Umlagefuß beizubehalten, damit er nachweisen kann, daß er gut zu rechnen und zu sparen versteht. Kommt nun, wie zu hoffen ist, ein Bürgermeister an die Spitze der Verwaltung, der planmäßig daran geht, den notwendigen Anforderungen gerecht zu werden, so müssen die Umlagen erhöht werden und auch ist die Stellung des kommenden Mannes jetzt schon im voraus keine angenehme, wenn er gleich bei seiner ersten Aufstellung zum Voranschlag im Jahre 1910 die Umlagen, aber nicht etwa um 1—2 Pf., sondern vielleicht gleich um 3—5 Pf., erhöhen muß. Der Gemeinderat aber kann dann sagen, daß er es war, der die Sache verfehlt.

Es würde zu weit führen, alle die Punkte, welche besonders Genosse Müller kritisierte, hier anzuführen. Aber die Forderungen einer Zentralbeziehung für die Volksschule, städt. Wasserpumpwerk, Herstellung einer neuen Wiesensbrücke mit Durchführung einer Straße von der Altstadt nach dem Egestag, Sprengweise, Kanalisation, Gehaltsrevision der unteren Gemeindebediensteten usw., alles das kann doch nicht für ewige Zeiten zurückgestellt werden. Mit dem Laufe der Zeit werden außerdem bis jetzt noch unbekannte Ausgaben nötig werden. Soll denn alles nur auf dem Wege der Amortisation gemacht werden? Ausgaben von kaum einigen tausend Mark können leicht aus laufenden Mitteln bestritten werden; warum denn die ganze Entwicklung fortwährend mit Schuldenentlastungsplänen unterbinden?

Die Arbeiterschaft muß bei den bevorstehenden Bürgerausschusswahlen dafür sorgen, daß noch mehr Sozialdemokraten als „treibende Kraft“ auf das Rathaus kommen, wenn unter Gemeinwesen, das alle Vorbedingungen und Voraussetzungen zur gedeihlichen Weiterentwicklung in sich birgt, das werden soll, was es längst sein könnte.

Die Ausgaben belaufen sich auf 162 072 M., die Einnahmen auf 62 990 M.; es sind noch zu deduzieren, inklusive 7062 M., welche dem Betriebsfond zuzuführen, durch eine Umlage von 40 Pf. 106 125 M. Von Interesse ist noch festzustellen, daß die planmäßige Schuldenentlastung 11 255 M. erfordert, während zur Verzinsung der Schulden aber 17 416 M. notwendig sind. Die Steuerwerte haben sich um rund 700 000 M. erhöht, die Einnahmen hieraus um 3200 M.

Nachdem noch eine im Jahre 1907 vom Gemeinderat bewilligte Gehaltserhöhung für den Gasmeister angenommen war, ebenso eine solche des Schreibgehilfen Stoll, wurde die Sitzung nach beinahe stündiger Arbeit geschlossen.

Gemmingen. Am Sonntag fand hier eine gutbesuchte, von unserer Partei arrangierte Versammlung statt, in der Genosse Redakteur A. Kemme Le-Mannheim über „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ referierte. Die Versammlung verlief glänzend. Von den zahlreich anwesenden Gegnern verfuhrte nur ein einziger, den Referenten zu widerlegen. Der lebhafteste Beifall, der dem Genossen Kemme wiederholt zuteil wurde, ist Beweis dafür, daß man auch im Hinterland anfängt, unsere Bestrebungen zu würdigen. Wir marschieren.

Aus der Partei.

Unser Parteigenosse Jean Sand in Ludwigsbafen, einer der verbittertesten Kämpfer für unsere Sache in der Pfalz, liegt seit einigen Wochen schwer erkrankt darnieder. In den letzten Tagen hat sich sein Zustand dezent verschlimmert, daß kaum noch Hoffnung auf Wiederherstellung des erst im 45. Lebensjahr stehenden Mannes besteht.

Zentrum und Arbeiter. Die unter diesem Titel vor Jahren erschienene und seit einiger Zeit im Buchhandel vergriffene Broschüre ist jetzt wieder in neuer Bearbeitung erschienen. Die Haltung des Zentrums bei der Gewerbeordnungsnovelle von 1908 ist bei den Textänderungen berücksichtigt. Das Einzel-exemplar der Broschüre kostet 10 Pf. Zur Massenverbreitung kann die Broschüre ohne Umlage das Tausend zu 10 Mark bezogen werden.

Sozialdemokratische Abgeordnete Rußlands im Gefängnis. Der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Kossorow, der wegen einer ihm angebotenen „Auflehnung gegen die Staatsgewalt“ zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt und von den Mehrheitsparteien aus der Duma ausgeschlossen wurde, teilt der sozialdemokratischen Fraktion mit, welchen entsetzlichen Entbehrungen er im Gefängnis ausgesetzt ist. Er wurde direkt vom Krankenlager ins Gefängnis transportiert, wo er schlimmer wie die Kriminalgefangenen behandelt wird. Die Verpflegung und die Zelle sind entsetzlich. Bücher und Zeitungen werden ihm völlig entzogen. Selbst die stengraphischen Dumaberichte werden ihm ungeachtet aller seiner Vorstellungen vorenthalten. Seine Lage dürfte sich in der nächsten Zeit noch verschlechtern, denn ihm wurde bereits die Ueberführung in ein anderes Gefängnis angefündigt.

Ein Jubiläum der Koburger Parteiorganisation. Die sozialdemokratische Parteiorganisation im Herzogtum Koburg blickt auf eine fünfundsingzigjährige Tätigkeit zurück. In den ersten Tagen des Ausnahmejahres erfolgte die Gründung. Als die Wahlen zum Reichstage im Jahre 1884 ausgeschrieben waren, beschloffen neun Koburger Genossen den damaligen

Kammergerichten. Sie die Kandidaten müssen gemäß der Ergebnisse seit während dem Verein nach organisational Koburg ver...

An die finden in a. Agitation für Kollegen daß zur gleich Verammlung die Ziele un beschaffen. getreuen P...

Zum R hat zum W wird, daß in Krankenkasse Behandlung wesen sei, ei wege die U überwiegenen...

Dieser U föhnenverband Referat von in der dem stimmung zu 5. Februar a daß gefeßlich lassen einen Vergeverband...

ist auf M — Aus Änderungssoo Einführung worden und Beschlußfassu Da auch weitere r bringen soll, seit Jahren n sprechende W...

Schu wurde ein N vorrige Woche 9 und 11 W Woche ein U unentgeltlich meinderat R gung besorgte iver und wi iger wie ei damit auch e Berstätten e per einer g daß der Gem treten wird...

Stoff stathgefunden gänger besud sein. Es wo batem wurde menben Win...

Bobe stiesigen Bod leßres G m im Nichte hol die Parteigen diesem Vort 11. März, a...

Leg am Samstag Gewerkschaft beworträge d und seine F soten. Der Lage im Wt gegen dieses Herrn Heße Verbot wiede Vorträge we...

Verb eine. Die V Versammlung tate des Rev lution angen...

Die ganze... geigte gang... der gedruckt... Durchsicht... all war, vom... zu den ein... gen, der Bün... lligungs... effer werden... 20 umfasst;... n dazu grun... chtigen Vera... doch in dieser... s 12mal das... Sozialdema... , bessere Zu... beizuschaffen... Obmann des... bei der gam... rhand hatte... ung des Woe... eifung des un... ter keinen... en. Dabei... notwendigste... einbe unabh... aufgeschoben... Der Ge... fufz beigeb... hnen und zu... ein Bürger... näßig daran... werden, so... die Stellung... angenehme... ranschlag im... f, sondern... Gemeinderat... e versteht... e besonders... die Forde... dert. Wasser... it Durchsüß... st, Spritzen... Gemeindeg... eige Zeiten... rden außer... den. Soll... emacht wer... enen leicht... n denn die... ungsplänen... Bürgeraus... ocraten als... wenn unser... ussichungen... werden soll... Einmalen... die plan... d zur Ver... ind. Die... t, die Ein... nderat be... men war... die Sitzung... fuchte, von... er Genosse... efreubungen... ung verließ... r verfuhrte... r lebhaft... eil wurde... t, unsere... einer der... liegt seit... en Tagen... noch Hoff... stehenden... r Jahren... rgeriffene... en. Die... obelle von... s Einzel... rbreitung... Carl be... befängnis... ow, der... e Staats... en Mehr... teilt der... hen Ent... trefk vom... mer wie... ung und... den ihm... werden... Seine... n, denn... befängnis... Die so... Koburg... In den... ründung... schieben... maligen

Sammergerichtsreferendar Biered als Jährlingskandidat aufstellen. Biered kandidierte im Sommerberger Streife und nahm die Kandidatur auch in Koburg an. Den damaligen Verhältnissen gemäß, gründeten die paar Genossen einen „Wahlverein zur Erzielung vollstündlicher Wahlen“, der dann seine Tätigkeit während des Sozialistengesetzes fortsetzte, bis aus dem Wahlverein nach dem Fall des Schandgesetzes sich die heutige Landesorganisation bildete. Diese weist heute über 700 im Herzogtum Koburg verteilte Genossen und Genossinnen als Mitglieder auf.

Stadach, 8. März. Die am Sonntag abgehaltene Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft des sozialdem. Vereins war erfreulicherweise von allen Mitgliedern besucht. Gen. Reuber erstattete den Bericht über den Parteitag. Allseitiger Beifall lohnte den Redner für seinen fünfviertelstündigen Vortrag. Alsdann wurde beschlossen, eine den Verhältnissen entsprechende Reisefeier zu veranstalten. Mit der Versammlung können wir zufrieden sein und hoffen wir, daß auf diesem Wege weitergeschritten wird zum Nutzen unserer Partei und der Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliches.

An die Holzarbeiter in Baden! Vom 13. bis zum 28. März finden in allen unseren Jährlingskongressen Agitationsversammlungen statt. Aufgabe für alle Kollegen muß es sein, eine lebhafteste Agitation für die Versammlungen zu entfalten. Kollegen! Es ist ein erhebender Gedanke, wenn man weiß, daß zur gleichen Stunde in hunderten von Orten Deutschlands Versammlungen stattfinden, die eine gewaltige Stimmung für die Ziele und Bestrebungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes darstellen. Kein Kollege, keine Kollegin darf fehlen. Auf zur getreuen Pflichterfüllung!

Die Gewerkschaften. J. A.: G. G. K. A. u. B.

Soziale Rundschau.

Zum Kölner Verzeßstreik. Der Kölner Regierungspräsident hat zum Verzeßstreik eine Erklärung erlassen, in der betont wird, daß infolge der Weigerung der Landräte, die durch den Krankenassenverband ihnen überwiesenen kranken Personen in Behandlung zu nehmen, die Aufsichtsbehörde verpflichtet gewesen sei, einzugreifen, um durch Klage im ordentlichen Rechtswege die Verpflichtung der Ärzte zur Behandlung der ihnen überwiesenen Versicherten festzustellen. Dieser Lage fand in Köln eine vom Vorstand des Krankenassenverbandes veranstaltete Versammlung statt, die nach einem Referat von Fräulein Dresden eine Resolution annahm, in der dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die volle Zustimmung zu seiner Erklärung und die Erwartung geäußert wird, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, die den Krankenassen einen wirksamen Schutz vor Vergewaltigungen durch den Verzeßverband gewährleisten.

Badische Chronik.

Durlach.

— Die Beratung des Voranschlages der städtischen Kassen ist auf Montag, 22. März, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt.
— Aus der Gemeinderatssitzung vom 2. März. Die Abänderungsvorschläge zum Ortsstatut des Gewerbegerichts betr. Einführung der Verhältniswahl ist vom Gemeinderat genehmigt worden und wird nunmehr dem Bürgerausschuß ebenfalls zur Beschlußfassung unterbreitet werden.
Da auch für Durlach der kommende Sommerfahrplan eine weitere Verschlechterung hinsichtlich der Zughalte bringen soll, beschließt der Gemeinderat, unter Hinweis auf die seit Jahren erfolgte Zurücksetzung des hiesigen Platzes eine entsprechende Vorstellung an die Generaldirektion zu richten.

Rastatt.

— **Schulbauverträge.** In dem neuen Knabenschulhaus wurde ein Bauplan für Schüler errichtet. Dasselbe wurde vorige Woche in Betrieb genommen. Es baden täglich zwischen 9 und 11 Uhr je zwei Abteilungen, sodas jedem Schüler in der Woche ein Bad zuteil wird. Die Benutzung des Bauplanes ist unentgeltlich, auch dann, wenn, wie beabsichtigt ist, der Gemeinderat Badehose und Handtücher stellt und deren Meinung befragen läßt. Diese neue Einrichtung ist anerkennenswert und wird der Erfolg nicht ausbleiben. Fast noch notwendiger wie ein Schulbauverträge wäre ein Schulschulhaus, damit auch den Arbeitern, welche die ganze Woche in staubigen Werkstätten arbeiten müssen, Gelegenheit geboten ist, ihren Körper einer gründlichen Reinigung zu unterziehen. Wir hoffen, daß der Gemeinderat auch dieser Frage in absehbarer Zeit näher treten wird.

Baden-Baden.

— **Volkstanzert.** Das dritte und letzte in diesem Winter stattgefundene Volkstanzert war stärker als seine beiden Vorgänger besucht, es mögen über 800 Personen anwesend gewesen sein. Es war ein herrlicher Gemüts, der uns wiederum da gedenken wurde. Wir hoffen, daß diese Vorträge auch im kommenden Winter wieder gehalten werden.
— **Bodenreform.** Einer Einladung der Vereinigung der hiesigen Bodenreformer zu einem Vortrage des Herrn Seminarlehrers Gmele aus Karlsruhe über: „Badische Verhältnisse im Lichte bodenreformerischer Anschauung“ zufolge, erfordern wie die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, sich zahlreich zu diesem Vortrage einzufinden; derselbe findet am Donnerstag, 11. März, abends, in Weikers Gartenhof statt.
— **Leg-Prinze-Lust.** Aus unerfindlichen Gründen wurde am Samstag die von der „Kommission für Volksbildung“ des Gewerkschaftsvereins beabsichtigten wissenschaftlichen Vorträge des Herrn Richard Heise über das Geschlechtsleben und seine Folgeerscheinungen vom Bezirksamt polizeilich verboten. Der Vorsitzende der Kommission sprach noch am gleichen Tage im Ministerium des Innern vor und legte Beschwerde gegen dieses Verbot ein. Bei der gestrigen Vorstellung des Herrn Heise und des Vorsitzenden beim Bezirksamt wurde das Verbot wieder aufgehoben. Mit einem Massenbesuch der Vorträge werden die Arbeiter antworten.

Freiburg.

— **Verband badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine.** Die Ortsgruppe Freiburg veranstaltete dieser Tage eine Versammlung, in der nach einem Referate des Reichsrats L. r a u m a n n aus Karlsruhe folgende Resolution angenommen wurde: „Die am 5. März 1909 im Ger-

manialsaal in Freiburg stattgefundene gutbesuchte Versammlung der Ortsgruppe Freiburg des Verbandes badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine stimmt dem Beschlusse des ersten Verbandstages vom 24. und 25. Oktober d. J., ein Verbandssekretariat und eine Verbandszeitung zu gründen, zu. Die Kosten sollen die einzelnen Verbandsvereine nach dem Vorschlage der Verbandsleitung übertragen werden.“

— Die Generalversammlung des Lebensbedürfnisvereins fand am Freitag, 6. d. M., im Kornhaussaal statt. Die Arbeiter hatten sich recht zahlreich eingefunden. Der Rechnungsabschluss wurde vom Vorsitzenden kurz besprochen. Als erfreulich sei zu bezeichnen, daß der Umsatz sowohl im ganzen als auch pro Kopf der Mitglieder gestiegen ist. Im Schuhgeschäft und bei den Konsumartikeln ist ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Die anderen Abteilungen haben sich gut entwickelt. Das Gewinnergebnis bleibt allerdings hinter dem vorjährigen zurück. Die Zuzuwanderungskosten haben sich um 2700 M. erhöht, da die Futtermittelpreise rapid gestiegen sind. Der Rückgang der Mitgliederzahl sei zu bedauern, doch könne derselbe bei reger Agitation leicht wieder eingeholt werden.

In der Debatte wurde zunächst Auskunft verlangt über die Verluste in der Höhe von 3000 M., welche aus dem Spezialreservefond gedeckt werden sollen. Der Geschäftsführer erteilte die Auskunft dahin, daß sich die Summe aus verschiedenen Monats einzelner Bodenarbeiterinnen zusammensetzt, welche zum Teil schon im Jahre 1902 entstanden und bis jetzt als Außenstände gebucht waren, aber uneinbringlich sind. Herr Grundler richtet weiter eine Anzahl Fragen an die Verwaltung. Er will vor allem Auskunft haben über die Ursachen, warum die Geschäftsumsätze gestiegen sind. Er meint, wenn man die Löhne und Gehälter nicht erhöht hätte, so wäre ½ Prozent Dividende mehr herausgekommen. Gen. Kräuter gibt der Meinung Ausdruck, daß man mit dem Geschäftsergebnis zufrieden sein könne. Mit der Auflösung des Schuhgeschäftes, wie der Herr Grundler vorschlägt, könne er sich nicht einverstanden erklären; er empfiehlt den Mitgliedern vielmehr, das Schuhgeschäft zu frequentieren, damit auch dieser Geschäftszweig hochkommt. Gen. Pösch rügt die Tatsache, daß von der Verwaltung so wenig in der Agitation getan wird. Der Verein müsse sich heraustreten. Man solle sich einmal mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen. Dann solle der Verein auch der Großverkaufsgesellschaft gegenüber das genossenschaftliche Prinzip hochhalten und soviel als möglich dort Waren beziehen. Nachdem noch Genosse Engler auf einzelne Punkte geantwortet und eine regere Agitation in Aussicht gestellt hatte, forderte er alle Anwesenden auf, auch in diesem Jahre fest zum Verein zu halten und für denselben zu arbeiten, damit wir vorwärts schreiten. Hierauf wurde der Verwaltung die Entlassung erteilt und die vorgeschlagene Gewinnverteilung genehmigt. Um 11 Uhr war Schluß der schon verlaufenen Generalversammlung.

Wir wollen von dieser Stelle aus an alle Arbeiter und Arbeiterinnen den dringenden Appell richten, dem Lebensbedürfnisverein beizutreten und ihren Bedarf dort zu decken.

— **Ein aufgefundenes Mord.** In einer Schuhfabrik in der rechten Straße der in der Engelbergstraße wohnhafte, 20 Jahre alte Schreibgehilfe Paul Vogel. Bei der Leiche fand sich ein Flobergewehr vor. Ob Selbstmord oder ein Unfallsfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

— **Arbeitererfahrungen.** In einer hiesigen Druckerei brachte am Samstag Nachmittag 8 1/2 Uhr ein lediger Maschinenmeister von hier den rechten Arm zwischen den Druckzylinder und die Brückenwalze und erlitt so erhebliche Quetschungen, daß der Arm in der chirurgischen Klinik abgenommen werden mußte.

— **Unterföschung im Amte.** Ein am hiesigen Hauptbahnhofe bediensteter junger Anwärter für den Bahndienst hat von den vereinnahmten Geldern der Fahrkartenkasse über 1300 M. unterschlagen und sich vorige Woche geflüchtet.

Singen.

— **Ein gelber Schurkenstreich.** Gegen Ende Februar lief in der Redaktion des „Volkstanzert“ ein Schreiben ein, worin über den Meister G. der Fittingsfabrik in der lebhaftesten Weise Klage geführt und verlangt wurde, daß dieser Meister an den Pranger gestellt werde. Unterzeichnet war das Schriftstück mit „Müller“, Mitglied des freien Verbandes. Die Redaktion sandte das Schriftstück wie üblich erst an den Vertrauensmann, um festzustellen, ob der Inhalt der Wahrheit entspreche. Sofort angestellte Nachforschungen ergaben das gerade Gegenteil von dem, was in dem Schriftstück behauptet wurde und daß gerade diesem Meister nicht das geringste Nachteilige hinsichtlich der Behandlung der Arbeiter nachgesagt werden kann; sie ergaben aber auch, daß ein Mann namens „Müller“ in jener Abteilung nicht beschäftigt ist, so daß sofort feststand, daß hier entweder eine beabsichtigte grobe Täuschung des „Volkstanzert“ oder ein gemeiner persönlicher Racheakt vorlag. Die Nachforschungen blieben aber, wie es scheint, dem Briefschreiber auch nicht verborgen und als ihm die Sache doch brenzlich voram, gab er am 26. Februar morgens 8.50 Uhr ein Telegramm auf: „Bitte Artikel Singen nicht aufzunehmen. Brief folgt.“ Müller.“

Jetzt hatte unser Gewährsmann ein begründliches Interesse zu erfahren, wer dieser „Müller“ vom freien Verband“ ist; er stellte weitere Nachforschungen an und siehe da, es ist ein „Gelber“, der seinen Mitarbeitern anlässlich der vorjährigen Differenzen viele Schwierigkeiten machte, ein früherer Dorfbürgermeister und jetziger Hausbesitzer. Er arbeitet in der Abteilung des Meisters G. Unser Gewährsmann hatte gleich den richtigen im Verdacht, da der betreffende als „Speichelder“ und „Einspringer“ bekannt ist; um sicher zu gehen, hat er sich eine Schreibe verschafft, die trotz der verstellten Steilschrift die Identität ohne Zweifel nachweist. Diese Gemeinheit verdient an den Pranger gestellt zu werden.

Waldshut.

— **Ortskrankenkasse.** Bei den meisten Mitgliedern herrschen bezüglich der Verzeßwahl und hauptsächlich der Zahnärzte noch Zweifel, wo sie sich im Falle der Erkrankung hinwenden haben. Darum sei hier festgestellt, daß bezüglich der Verzeß beide hiesigen Verzeß in Betracht kommen, ebenso sind sämtliche drei hiesigen Zahnärzte als Kassenärzte bezüglich der Zahnbehandlung zugelassen. Wir möchten überhaupt jedem Mitglied dringend empfehlen, sich von dem Verwalter der Kasse ein Statut geben zu lassen, welches unentgeltlich zu haben ist und sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen; es ist dies nicht nur ein Vorteil für die Mitglieder selbst, sondern erleichtert auch die Geschäfte des Verwalters.

Aus Daglanden schreibt man uns: Auf einen Artikel im „Volkstanzert“ über den mangelhaften Besuch einer einberufenen Metallarbeiterversammlung im Vergleich zu einer in gleicher Zeit hier stattgefundenen gut besuchten Serie von Klingelbeutel-andachten, welche als „Mission“ bezeichnet wurden, brachte ein Korrespondent des „Bad. Beobachter“ in Nr. 46 vom 26. Februar einen Artikel, in welchem mich derselbe in der schmeichlichsten und niederträchtigsten Weise herabzuwürdigen versucht. Dieser „christliche“ Artiller schreibt u. a. folgendes:

„Auch die Jeremiade des „Volkstanzert“-Artillers läßt sich begreifen. Sieht doch derselbe, daß seine jetzt schon mehrere Jahre dauernde Hezarbeit, solange nämlich Daglanden die Ehre hat, ihn zu seinen Entwürfen und sogar Bürgern zu zählen, allmählich die entsprechende Beachtung findet. Dagegen helfen all seine gehässigen Bemerkungen und Beschimpfungen gegen die katholischen Religionsrichtungen nicht, die er sich schon geleistet hat und glaubt, noch immer leisten zu können. Die Daglander Arbeiter, auch solche, welche sich zur Sozialdemokratie politisch betennen, vielleicht gezwungen bekennen, müssen sich doch dafür bekanken, daß nichteinheimische und nichtkatholische junge Leute, die kaum das wackelhafte Alter haben, sie terrorisieren und in unvernünftiger Weise in ihren religiösen Gefühlen kränken.“

Daß sich aber viele, noch zur Sozialdemokratie geneigte Leute für diese Ehre zu bedanken wissen, das zeigte die geringe Beteiligung an der letzten Bürgerauswahl in der 3. Wählerklasse, von welcher der hoffnungsvolle Parteikandidat zwar gewählt wurde, aber mit der geringsten Stimmenzahl.“

Es gehört doch schon eine gehörige Portion Unvernunft dazu, um einen politischen Gegner in einer solch abgeschmackten Weise herunterzureißen. Solch biblisches Geschreibsel ist bezeichnend für die Feder, aus der es kommt. Ich für meine Person habe für eine solche Glanzleistung echt jesuitischer Verleumdungstun nur noch ein „Pfui Teufel!“ übrig. Nun bringt in dem Artikel dieser „fromme“ Herr seinen Verger über die Sozialdemokraten zum Ausdruck, weil diese die Erbauung einer neuen Kirche gehemmt haben. Dabei besaß dieser Artiller der christlichen Nächstenliebe die Niederträchtigkeit, einen in Ostersweier an einer Kirche arbeitenden Genossen von hier öffentlich zu denunzieren, indem er denselben als einen jener gewissenlosen Schreier und Hezer nannte, welche den Erwerb des hiesigen Kirchenbauplatzes erschwert haben. Allein diese Denunziation hat ihren Zweck verfehlt und man wird dem Artiller nicht sagen brauchen, was ein Denunziant ist. Wir Sozialdemokraten vor allem ich, werden den hiesigen Kirchenbauschwärmern noch manchen Strich durch ihre Rechnung machen; denn wir haben in Daglanden noch notwendiger Einrichtungen zu schaffen. Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich dem Artiller, den man dem Geschreibsel nach leicht erraten kann, bei etwaigen Anlässen die nötige Aufmerksamkeit widmen werde, aber so, wie es ihm gebührt.

Hermann Müller.

Storheim, 6. März. Neue Warenhäuser. Vor einigen Tagen hat ein auswärtiges Konsortium, mit dem Warenhaus Lieh-Rannheim an der Spitze, drei Häuser in der westlichen Karl-Friedrichstraße zum Gesamtpreis von 485 000 M. erworben, um auf ihm ein neues Warenhaus zu errichten. Nun hat die Firma Schwabinger Knopf hier und in Karlsruhe den Geschäft zum „Schwarzen Adler“, dessen Partieräume sie seit nahezu 10 Jahren inne hat, zum Preise von 650 000 M. und dazu das anstehende Haus von W. Henkel um 170 000 M. erworben, um auf dem Areal ebenfalls ein neues Kaufhaus aufzuführen.

Breisach, 7. März. Verhaftung mit Hindernissen. In Königshausen wurde kürzlich ein lediger Bürger wegen verschiedener Vergehen durch die Gendarmerie festgenommen und sollte mit der Bahn in das hiesige Amtsgefängnis verbracht werden. Im Stationsdienstzimmer besorgte der ihn überwachende Gendarm die Fahrkarten und als sodann der Zug einließ, öffnete der Häftling schnell das Fenster und verschwand in entgegengesetzter Richtung, so daß der Güter des Gefeches das Nachsehen hatte. Der Ausreißer ging wieder in die Elternwohnung und konnte sodann in den Ortsarrest verbracht werden. Im Ortsarrest schien es ihm jedoch nicht behaglich zu haben, denn dort rief er den eisernen Ofen um und konnte sodann durch den gleichzeitigen Ausbruch der Gendarmen ohne Einwirkung durchschlüpfen und ehe die Gendarmen benachrichtigt war, war der Vogel verschwunden. Ueber seinen Aufenthalt wurde bisher noch nichts bekannt.

Schopfheim, 8. März. Zur Förderung des Bahnprojektes Wajel-Lodinau-Stuttgart ist für den 14. März, 3 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung in „Löwen“ anberaumt. Als Thema soll behandelt werden: „Uebnahme der Bahn Zell-Lodinau durch die Verwaltung der groß. bad. Staatseisenbahnen und Fortführung der Wiesentalbahn über Lodinau hinaus.“

Von der Wreg, 8. März. Durch die andauernde Kälte ist der Wasserstand der Wreg so zurückgegangen, daß einzelne größere Werke an der Wreg den Betrieb wegen Wassermangel einstellen mußten. Tritt ein rascher Witterungswechsel ein, so kann die Wreg ein gefährliches Hochwasser bringen, da das Eis in dem Bachbett eine aufergewöhnliche Dicke angenommen hat.

Vom Bodensee, 8. März. Brand. Das birkel am See gelegene städtische Hotel „Schiff“ in Langenargen wurde samt Nebengebäuden ein Raub der Flammen. Die Bewohner konnten kaum das nackte Leben retten. 6 Familien sind obdachlos. Die Brandursache ist noch unauferklärt. Besitzer des Hotels war Oskar Schneider, welcher den Schaden des Gebäudes sicher hat. Einem Betroffenen sind für 50 000 M. Hypothekbriefe verbrannt.

Meisau, 7. März. Alexiale Erbscheide. Nachdem sich jetzt die Zentrumspreffe, allen daran der „Bad. Beobachter“, der Erklärung der Erben der verstorbenen Ludwine Schumacher annimmt, möchten wir nicht unterlassen, unser Lesern mitzuteilen, was es mit der „Erklärung“, die die Erben an den „Volkstanzert“ schickten, für eine Bewandnis hat. Zunächst müssen wir wiederholen: Am 26. März 1908 wurde vor dem Konstanzger Amtsgericht ein Testament eröffnet, das weit und breit Aufsehen erregt. Die vermittelte Ludwine Gupple vermachte ihr Vermögen im Betrag von 15 000 M. der Münsterkirche hier, sowie der Kirche Niedergell und dem Kloster Deuten. Ihre nächsten Verwandten bekamen kleine Legate und eine andere Verwandte gar nichts. Die Erblasserin war bis zu ihrem Tode wegen Geisteskrankheit entmündigt; die ärztliche Diagnose lautete: kindisch, was jedoch ihren Verstand nicht abhielt, ein solches Testament zugulassen. Bestand war der Hausverwalter

Simon Deggelmann vom Vereinshaus St. Johann in Konstanz. Das Testament ist von den Verwandten angefochten worden. Das Erbe wurde im November vorigen Jahres gerichtlich gesperrt, dann wurde auf einen Vergleich von Seiten des Testamentvollstreckers Herrn Münsterpfarrer Reßler in Reichenau hingearbeitet; und schon im Eingang wurde die Bedingung gestellt: Neumütiges Gebahren über die Veröffentlichung im „Volksfreund“ und Namensnennung des Einsenders. Jetzt waren gewissermaßen die Erben in einer Zwangslage, entweder mußten sie im Prozeßwege sich ihr Recht erkämpfen und zwar im Armenwege gegen einen mächtigen Gegner, die Kurie in Freiburg, welcher die besten Verteidiger zur Seite standen, oder sie mußten auf das ihnen zu Recht zustehende Erbe verzichten. Sie zogen also einen nach ihrer Anschauung mageren Vergleich einem fetten Prozeß vor und unterschrieben die „Erklärung“, die ihnen der Rechtsanwalt vorlegte, in der es heißt, daß der Artikel nicht von ihnen ausgegangen und sie den Vorwurf als unbegründet mißbilligen. (Kunststück! D. Red.)

Man kann hier sehen, mit welcher wüsten Fähigkeit die Kirche schänden Mamonen, selbst wenn ihr derselbe von einer notorisch unzurechnungsfähigen geisteskranken Person auf einem fetten Papier zugeschrieben wurde, verteidigt; eine nette Illustration zu den frommen Bibelworten: „Trachtet nicht nach den Schätzen dieser Welt, die der Rost und die Motten fressen!“ Das gilt nämlich für die „andern“, die Kirche selbst hat bekanntlich einen großen Magen und frißt, was sie erwünscht. Pecunia non olet.

Die neue Zeppelinverft.

Es dürfte jedermann interessieren, wie und in welchem Umfange die zur künftigen Fabrication von Luftschiffen nötigen Gebäulichkeiten auf dem mächtigen Luftschiffbau-Areal in Friedrichshafen entstehen werden. Das Industriegebiet vom Stadtbahnhof bis zum Baurrain ist fertiggestellt in einer Länge von etwa 2 Kilometern. An Stelle des früheren Niesenweihers kommt das Verwaltungsgebäude zu stehen, in letzter Zeit wurden bereits Belastungsproben angestellt. Ferner wird eine Gasfabrik zur Gewinnung von Wasserstoffgas errichtet, ebenso ein 157 Meter langes und 37 Meter breites Fabrikgebäude, in dem sämtliche erforderlichen Teile des Luftschiffes fabriziert werden. Die Fabrikanlage soll die modernste Maschinerie und solche Dimensionen erhalten, daß zum Bau eine Million Bausteine erforderlich sind. In unmittelbarer Nähe des Fabrikgebäudes kommt das Haupttabellement, die Ballonhalle, zu stehen. Dieselbe soll einen Flächeninhalt von 9000 Quadratmeter erhalten und vollständig feuerfest erbaut werden. Ihre Länge beträgt 200 Meter, die Breite 45 Meter und die Höhe 25 Meter. 52 Fundamente tragen das Eisengerüst, welches von der Firma Wüdenbau-Alliengesellschaft Glender in Bietal konstruiert wird. Die Außenwände werden in Backstein ausgeführt, während die Decke aus Eisenbeton bestehen wird. Reitere Arbeiten sind der Firma Baresel übertragen, welche zur Ausmauerung der Wände ein fahrbares hölzernes Stagergerüst herstellen läßt, das eine Höhe von 15 Meter, eine Breite von 8 Meter und eine Länge von 10 Meter erhält. Mitten durch die Halle und auf beiden Seiten entlang derselben wird je ein Eisenbahngleis führen.

Mit dem Bau der Halle soll im Laufe des nächsten Monats begonnen werden. Als Termin zur Fertigstellung der ganzen Anlage wurde der 1. Oktober ds. Js. angenommen, es dürfte dies jedoch bei dem kolossalen Umfang der Bauten als Unmöglichkeit erscheinen. Wenn alsdann die ganze Niesen-Fabrikanlage fertiggestellt ist, wird sich bald ein reger Fabrikbetrieb entwickeln, an der Stelle, wo vor Jahresfrist noch erquidende Waldluft den Spaziergänger umschwebte. Binnen kurzem wird das ganze Areal von einem 2 Meter hohen Drahtzaun umgeben und nur eine Zufahrtsstraße freigelassen werden. — Die provisorische Ballonhalle für den „Z. 1“ wird aus Brettern hergestellt und mit Zeltuch umhüllt. Zum Zwecke einer ungehörten Ein- und Ausfahrt des Luftschiffes müssen verschiedene Telephon- und Telegraphenleitungen in die Erde verlegt werden.

Zeppelin.

Friedrichshafen, 8. März. Der für heute geplante Aufstieg des „Zeppelin 1“ mußte bis auf weiteres verschoben werden. Die Ursache liegt einerseits wieder in einem plötzlich eingetretenen Motordefekt, andererseits hat sich gegen Mittag ein bis in die oberen Luftschichten reichender starker Südwestwind eingestellt, bei dem ein Aufstieg ohne etwaige Savarie unmöglich erscheint. Für heute Vormittag war in der Halle alles flugbereit.

Neues vom Tage.

Die Ausbeutung des Journalisten.

Man schreibt aus Berlin: Der Schriftsteller, der als Journalist sein Brot verdienen muß, ist der kapitalistischen Ausbeutung gleichfalls unterworfen, wenn auch gelegentlich der Gegensatz zwischen dem gewinnbringenden Herausgeber und dem Zeitungsware fabrizierenden Journalisten durch leidliche Gagen verhüllt wird. Oft aber tritt dieser natürliche Gegensatz unverhüllt zutage, aber die Solidarität der Zeitungsverleger und — sagen wir nur — die Rutlosigkeit der ausgebeuteten Journalisten verhindern die Veröffentlichung selbst der krassesten Fälle. Eines der schändlichsten Beispiele bietet die Entlassung des bekannten Berliner Kritikers Karl Frenzel. Karl Frenzel war 47 Jahre Redakteur der Berliner „Nationalzeitung“. Der heute alte Herr genoss auch als Kritiker der Robenbergschen „Deutschen Rundschau“ redliches Ansehen. Die „Nationalzeitung“ ist nun nach mancherlei Schicksalen in den Besitz eines Kommerzienrats Bartling gekommen, über dessen Fähigkeiten nicht viel mehr bekannt ist, als daß er vielfacher Millionär ist. Dieser kommerzielle Herr speist nicht nur die (mit Respekt zu sagen) nationalliberale Zeitung, sondern auch die aus vielen Verleumdungsprozessen berühmte konservative „Post“. Millionär Bartling verlangt nun von Herrn Frenzel, daß seine Beiträge nicht nur in der „Nationalzeitung“, sondern auch in der „Post“ erscheinen. Der Schriftsteller Frenzel scheint es offenbar für nicht sehr ehrenvoll gehalten zu haben, auch dem konservativen Blatt seinen alten guten Namen zu leihen und beantwortete das Ansuchen des nationalliberal-konservativ-kommerziellen Herrn Bartling mit einem Nein. Daraufhin wurde Herr Frenzel — nach 47jähriger Arbeit bei der „Nationalzeitung“ — sofort gekündigt. Der millionenreiche Schmeizian zahlte dem Entlassenen nicht einmal die Entschädigung für die gefühlige Kündigungsfrist aus. Herr Frenzel hätte zu Gericht gehen können; aber der alte Herr meinte: „Soll ich alter Mann Fragen? Ich schreibe zu dem übrigen.“

Die Noblesse des entlassenen Redakteurs tricht von der hervorragenden Schädigkeit des Millionärs freilich stark ab. Und doch ist's fündhaft, gegen so freche Proben wie diesen Herrn Bartling mild zu verfahren. Gätte Deutschland einen Stand von selbstberufenen Journalisten, dann müßte sich der Herr Eigentümer der „Nationalzeitung“ durch diese saubere Tat einen dauernden Namen gemacht haben. Wir Journalisten verleihen Kuhn und Ruf. Dieser Kommerzienrat Bartling müßte der deutschen Presse seinen Namen verdanken. Aber die anderen Bartlings — so krasser Schädigkeit dürfte freilich nur der eine fähig sein — wissen ihre Schreibrechte still und schweigsam zu halten!

Fleischvergiftung im Krankenhaus.

Berlin, 8. März. Im Rudolf-Wichows-Krankenhaus sind wiederum zahlreiche Wärter und Wärterinnen, man spricht von 94, erkrankt. Diese Erkrankungen dürften auf Fleischvergiftung oder ähnliche Ursachen zurückzuführen sein. Die Untersuchungen hierüber schweben zurzeit noch. Die Erkrankungen sind so leichter Art, daß die Erkrankten sämtlich ihren Dienst verrichten können.

Zerstübelte Leiche eines Mannes.

Berlin, 8. März. In der Nähe des großen Sterns im Grunewald wurde gestern Vormittag am Bahndörper der Berlin-Potsdamer Bahn die vollständig zerstübelte Leiche eines etwa 30jährigen Mannes aufgefunden. Die Leichenteile lagen weit zerstreut und mußten erst zusammengesucht werden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Tote der Hausdiener T a u s c h e r aus Berlin ist, der seit einigen Tagen als vermißt gemeldet war. Es liegt zweifellos Selbstmord vor.

Das Nobelunglück

an der Ludwigshöhe bei Darmstadt hat ein weiteres Opfer gefordert. Herr v. Beau lieu vom Artillerie-Regiment Nr. 25 ist heute Morgen im städtischen Krankenhaus zu Frankfurt a. M. seinen Verletzungen erlegen. Den beiden übrigen Verunglückten geht es den Umständen nach gut. Leutnant v. Geldern hat dem Kriegsgericht seine Aussage gemacht.

Obdachlose . . .

Rosen, 5. März. Im hiesigen Asyl für Obdachlose erstickten durch austretende Kohlenoxydgase zwei Arbeiter. Drei andere Arbeiter, die ebenfalls betäubt waren, konnten ins Leben zurückgerufen werden.

Der Passagierverkehr mit lenkbaren Luftschiffen

zwischen Neu-York und Boston wird bestimmt am 1. Mai ds. Js. aufgenommen. Die Stationen für Luftschiffe sind bereits so gut wie fertiggestellt. Im Anfang wird man sich mit zwei Fahrten nach jeder Richtung hin täglich begnügen. Man ist jedoch überzeugt, daß innerhalb weniger Monate ein weiterer Luftschiffdienst eingeführt werden wird.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 9. März.

Im Sozialdemokratischen Verein

wird morgen, Mittwoch, Abend Bericht über den hiesigen Parteitag erstattet. Die Versammlung findet im „Auerhahn“ statt. Der diesmalige Parteitag hat im ganz besonderen Maße die Aufmerksamkeit der Parteigenossen auf sich gelenkt. Die Freude über den glücklichen Verlauf kam allenthalben zum Ausdruck. Es darf deshalb erwartet werden, daß die morgige Versammlung gut besucht wird.

Zum jeweiligen Stand der Reichsfinanzreform

hat die am Samstag im Restaurant Köllenberger in der Südstadt stattgefundene demokratische Versammlung folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung hofft, daß die linksliberale Fraktionsgemeinschaft dem Kompromiß, welches die Kommission für die Reichsfinanzreform betreffs der Besitzsteuer geschaffen hat, in der Endabstimmung nicht beitrifft. Jedenfalls erwartet sie von den demokratischen Mitgliedern des Reichstags, daß sie die Besitzsteuer ablehnen und an der Nachschsteuer unter allen Umständen festhalten werden.“

Stadtrat Dr. Ludwig Haas als Referent bedauerte Haltung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft. „Wir Demokraten haben immer noch die Hoffnung, daß die Vertreter unserer Partei einmütig ihre Gegnerschaft zur „Besitzsteuer“ des Kompromisses zum Ausdruck bringen und an der Nachschsteuer festhalten werden. Die Parteien, die in den letzten 20 Jahren in Deutschland die Schulden kontrahiert haben, die Konservativen und das Zentrum, mögen auch für Deckung sorgen. Die Besitzsteuer würde nur noch mehr die breite Masse der Bevölkerung, die mittleren und die Kleinen Leute, belasten.“

Was man den Arbeitern entgelten läßt.

Eine Anzahl bei der Firma Gaid u. Neu beschäftigter Arbeiter wohnt in Mühlburg. Sie fahren früh morgens mit den ersten Wagen der Straßenbahn nach der Oststadt in ihre Arbeitsstätte. Am Mühlburger Tor ist der Straßenbahnwagen häufig gezwungen, zu warten, bis die ausfahrenden Züge die Stelle passiert haben. Dauert die Schließung des Bahnüberganges nun etwas länger, wie die Arbeiter-Passagiere der Straßenbahn in Rechnung ziehen, dann erscheinen sie an der Arbeitsstätte verspätet und die Folge ist, sie werden bis zur Mittagspause ausgesperrt, wohl gemerkt, bis zur Mittagspause nicht bis zur Frühstückspause. So auch heute wieder.

Man versteht nicht, wie man die Arbeiter entgelten lassen kann, was die Verhältnisse mit sich bringen. Vor allem soll es ein englischer Ingenieur Ashton Williams sein, der in dieser rücksichtslosen Weise gegen die Arbeiter vorgeht. Besitzt die Zeitung der Firma Gaid u. Neu nicht die Macht, derartige Maßnahmen gegen einen Teil ihrer Arbeiter zu verhindern?

Die Angelegenheit wurde auch innerhalb der Stadterwaltung besprochen, da sie nicht neu ist. Von sehr kompetenter Stelle aus hat man der Firma mitgeteilt, daß auch das Straßenbahnamt die Wartezeit wegen des Bahnüberganges am Mühlburger Tor nicht verkürzen könne. Das scheint nicht gefruchtet zu haben. Vielleicht hilft die Klucht in die Deffentlichkeit.

So müßte es allen gehen.

Ein Mann in der Kapellenstraße bestellte bei einem Kohlenhändler in der Beilchenstraße 10 Zentner Rußkohlen. Als ihm die Kohlen in Körben geliefert und schon ein Korb in den Keller getragen war, schien es dem Empfänger, als könnten die Körbe unmöglich 1 Zentner Kohlen enthalten. Er ließ daher den zweiten Korb nachwiegen, wobei er feststellte, daß dieser nur 87 Pfund wog. Darauf wies er die Kohlen zurück, ohne vorher festgestellt zu haben, welches Gewicht die übrigen Körbe enthielten. Der Kohlenhändler bat den Empfänger, er möchte doch keine Anzeige machen, worauf dieser im allgemeinen Interesse nicht einging.

Der vorliegende Fall spielt in die Frage hinein, wie wir in den letzten Tagen mehrmals anschnitten. Dem offensichtlichen Betrug beim Kohleneinkauf muß ein Ende bereitet werden, und zwar ein möglichst rasches.

Auch sonst suchen sich die Kohlenkäufer zu helfen. Am Samstag gründeten eine Anzahl der Oststadt einen Kohlen-Einkaufverein. Wir wünschen der Vereinigung gewiß allen Erfolg, allein es scheint uns doch notwendig, auf die Schwierigkeiten, die sich einem solchen von Arbeitern ins Leben gerufenen Unternehmen in den Weg stellen, aufmerksam zu machen. Gelingt es, diese zu beseitigen, dann kann eine solche Vereinigung ihren Mitgliedern recht schätzbare Dienste leisten.

Die Lehrlingszuchterei im Bädergewerbe.

Der Verband der Bäder und Konditionen schreibt uns: Herr Hofbädermeister Sinn, Adlerstraße 41, war von unserer Notiz vom 13. Februar nicht besonders erbaut, was ja begreiflich ist; jedoch können wir nicht verstehen, daß der „Lehrherr“ sein Mühen an den Lehrlingen zu fühlen sucht. Wie uns von einwandfreier Seite mitgeteilt wird (nicht von den Beschäftigten, Herr Sinn) wurden nach dem Erscheinen der Notiz zwei Lehrlinge von Sinn mit einem Maschinenriemen ganz erheblich mißhandelt. Unbarmherzig schlug der „Lehrherr“ auf die jungen Menschen ein. Der Erfolg seiner Handlungstriebe war nun, daß ihm ein Lehrling entlaufen ist. Es muß einem wundern, daß die übrigen nicht ebenfalls dem Beispiel folgten und den Lehrherrn allein in der Backstube ließen.

Die Bäderorganisation hat sich über die Lehrlingszuchterei auch an die Handwerkskammer gewendet und ersucht, Hilfe zu schaffen. Als Antwort wurde uns mitgeteilt, „daß polizeiliche Erhebungen gemacht und die Entlassung eines Teiles der Lehrlinge beantragt wurde“. Jetzt beschäftigt Herr Sinn „nur“ mehr 5 Lehrlinge und 2 Gehilfen. Es ist diesem Unternehmer überhaupt nicht eingefallen, an Stelle der Entlassenen oder Dabongelaufenen Gehilfen in Arbeit zu nehmen, sondern gegenwärtig verrichten 7 Personen dieselbe Arbeit als früher 9. Und so kommt es, daß die Lehrlinge von abends 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr — also 15 Stunden im Tag — beschäftigt werden. Die Bundesratsverordnung schreibt für Lehrlinge im ersten Lehrjahr 10 Stunden, im zweiten 11 und im dritten Lehrjahr täglich eine 12stündige Arbeitszeit vor. Selbst dieser winzige Lehrlingschutz wird mit Füßen getreten. Wenn der Hofbäder Sinn so viel Arbeit hat, dann möge er arbeitslose Gehilfen beschäftigen. Hier ist an solchen kein Mangel, denn durch die allerorts übliche Lehrlingszuchterei sind jahraus jahrein tausende Gehilfen auf den Herbergen arbeitslos. Oder ist Herr Sinn der Meinung, für ihn als Hofbäder existiert die Bundesratsverordnung nicht?

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Sitzung vom 6. März 1909.

Am 20. Januar 1887 erlitt der mit der Beaufsichtigung der Arbeiter betraute J. Ch. L. in einer Sägerei in Ros dadurch einen Unfall, daß er mit dem linken Vorderarm in die Kammer einer Holzbearbeitungsmaschine geriet. Der Mittelfinger wurde gezerrt und ist seither steif geblieben, Ring- und Kleiner Finger sind verkrüppelt. Im Anfang erhielt er 10 Prozent Rente, die am 5. Dezember 1887 auf 20 Prozent erhöht wurde. Nach ärztlichem Gutachten beantragte die V.-Gen. die Einstellung der Rente, da der Verletzte jetzt als Buchhalter nahezu 3000 Mk. verdiene, bei dieser Beschäftigung die Verletzung auch nicht hinderlich sei und das Schiedsgericht entschied in diesem Sinne.

Der Arbeiter J. K. hat am 21. Mai 1907 beim Holzspalten den dritten Finger der rechten Hand verloren. Er erhielt erst 100, dann 20 Prozent. In einem Gutachten vom 4. November 1908 stellte Dr. Berg fest, daß der Stumpf geheilt und die Narben unempfindlich seien. Daraufhin setzte die V.-Gen. die Rente auf 10 Prozent herab. Der Verletzte begehrt Belassung der 20 Prozent. Herr M.-Rat Dr. Gutsch hält aber auch 10 Prozent für genügend. Es kam ein Vergleich zustande, daß die V.-Gen. bis zum 1. Juli d. J. 20, von da ab 10 Prozent zahl.

Am 30. August 1893 verletzte sich der Säger J. Ph. im Eisenwerke Gaggenau die Finger der linken Hand. Kurz zuvor hatte er sich an der rechten Hand die Strecksehnen des Mittelfingers durchschnitten, dafür bekam er 7 1/2 Prozent Rente, die am 5. Dezember 1894 eingestellt wurde. Für die erste Verletzung hatte er 5 Prozent bekommen. Auf Antrag des Verletzten wurde auch die erste Rente 1895 wieder hergestellt, aber im Januar 1909 beantragte die V.-Gen. Einstellung beider Renten, da der Verletzte ganz erwerbsfähig sei. Damit wurde sie indes abgewiesen; das Schiedsgericht fand keine wesentliche Besserung im Befinden des Verletzten.

Bei der hiesigen Städtischen Arbeitsnachweisanstalt, Zähringerstraße Nr. 100, wurden im Monat Februar ds. Js. in der männlichen Abteilung 608 offene Stellen angemeldet gegen 646 im Januar ds. Js. und 698 im Februar v. J. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug 1700 gegen 1880 im Januar und 1228 im Februar v. J. Eingestellt wurden 395 Personen gegen 615 im Januar und 440 im Februar v. J. Mangel war an jüngeren Wagnern und Schneidern aufs Land; sonst war fast in allen Berufen ein großer Ueberfluß an Arbeitsuchenden vorhanden. In der weiblichen Abteilung wurden 521 offene Stellen angemeldet gegen 476 im Monat Januar und 402 im Februar v. J. Stellensuchende meldeten sich 387 gegen 416 im Januar und 300 im Februar v. J. Eingestellt wurden 176 Personen gegen 207 im Januar und 128 im Februar v. J. Die Stellenvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (Dienstherren) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich. Mit dieser Anstalt ist auch

Seite 6.
ein Nachwe
Schlafstellen
* Der
bekanntes
lebendiger
eine modern
gen männlic
Bestreben.
stellen. Ein
* Für
Karlsruhe
Spiel wurde
geführt. D
von Gutsch
in der 40. W
der Kaufe m
11 m, wels
Am näc
Sportplatz
Mannschaften
enden, ist
* Für d
eine Grundf
Befähigten
vom Stadtra
* Die
Verlegung
samt von G
und des We
trieb der Sch
zur „Kaisers
vorgelagt. F
Gruinwinkel
einer Schan
Beim in Flo
begn. Darun
der Verkünd
bracht.
* Städti
der Stations
Wohnhaus d
zur Erbauun
teil Mühlbur
Steinhauerar
Einhauern
Berufarbeit
u. Stegmaier
arbeiten an
Belag an Fr.
fallation an
* Ein G
zungen im
Friedhof-Gin
wird dem V
dabei bemer
der Gründun
benenfalls v
Soziald
Mittwo
Restauration
Mitg
Bericht
Zahlreich
Man
Am Dom
Saale des „
öffent
der Handlungs
Die hand
Referenten
Stadtrat Eng
Handlungs
Es gilt zu
rationen (Hand
welche nicht g
Sonntagstru
jeder Gehilf
Deuts
Freitag,
im Saale 11
Mi
Gäste fin
Große ei
Kinder-
neu, für nur
Lauten.
Verrenstra

ein Nachweis für Kleinwohnungen, möblierten Zimmern und Schlafstellen verbunden, welcher ebenfalls unentgeltlich erfolgt.

* Der Gesangverein Biederfranz hielt am Samstag seinen belagerten Fieberabend im großen Festsaal ab. In lebendiger Abwechslung war durch Umdichtung des „Lannhäuser“ eine moderne Operette geschaffen worden.

* Fußballspiel. Bei dem Wettspiel Weierheim F. B. 1. - Karlsruhe F. B. 2. unterlag Weierheim mit 2:1 Toren. Das Spiel wurde von beiden Seiten in schöner und fairer Art durchgeführt.

Am nächsten Sonntag treffen sich auf dem Weierheimer Sportplatz V. F. B. und Karlsruhe F. C. Germania mit drei Mannschaften. Da die letzten Spiele zu Gunsten von Germania endeten, ist ein interessanter Wettkampf zu erwarten.

* Für das Gelände zwischen Hardt- und Stöberstraße ist eine Grundstücksverteilung beabsichtigt. Nachdem sich sämtliche Beteiligten mit dem Projekt einverstanden erklärt haben, wird vom Stadtrat dessen Durchführung beim Bezirksamt beantragt.

* Die Gesuche des Wirtes Adolf Wolf um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftslokalität in der Brautweinschank von Hasanenstraße 45 nach Kronenstr. 46, zum „Nitter“, und des Wehgers Karl Friedr. Eisele um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft in der Brautweinschank, Kaiserallee 151, zur „Kaiser-See“, werden dem Bezirksamt ohne Beanstandung vorgelegt.

* Städtische Arbeiten. Vergeben werden: Das Anstreichen der Stationsgasometer und Betriebseinrichtungen im neuen Maschinenhaus des Gaswerks II an Malermeister Köhn, die Arbeiten zur Erbauung eines Abortes für das alte Schulhaus im Stadtteil Mühlburg wie folgt: Maurerarbeiten an Franz Herrmann, Steinmauerarbeiten an Karl Kirchgauer und die Vereinigten Steinmauerarbeiten in Sulzfeld, Zimmerarbeiten an Ernst Oberle, Klempnerarbeiten an David Bauer, Dachdeckerarbeiten an Herz u. Stegmaier, Schreinerarbeiten an Bader und Schärer, Glaserarbeiten an G. Ruf, Schlosserarbeiten an A. Bauer, Fußbodenbelag an Fr. Köhler, Granitlieferung an Kupp und Möller, Installation an Fr. Mayer.

* Ein Gesuch um Erlaubnis zur Vornahme baulicher Veränderungen im Hause Karl Wilhelmstraße Nr. 66 (gegenüber dem Friedhof-Gang) zwecks Einrichtung einer Wirtschaft daselbst wird dem Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

* Ein roher Überfall. In der Nacht zum Montag traf ein verheirateter 47 Jahre alter Bahnhofsarbeiter aus Grünwinkel, der einen künstlichen Arm hat, in einer Wirtschaft in Mühlburg mit einem, dem Namen nach unbekanntem Fabrikarbeiter aus Dulaach zusammen, der ihm aus irgend einem Grunde schon lange feindselig gesinnt ist.

* Liebesvoller Ehegatte. Sonntag Abend 9 Uhr kam ein im westlichen Stadtteil wohnender Eisendreher in angetrunkenem Zustande nach Hause und fing ohne Anlaß mit seiner Frau Streit an, im Verlauf dessen er seiner Frau eine brennende Petroleumlampe an den Kopf warf, so daß diese mehrere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen davontrug.

Telegramme.

Die bayrische Regierung gegen den Blockkompromiß.

München, 9. März. An den Gesandten in Berlin ist gestern ein Beschluß der bayerischen Regierung abgegangen, wonach diese den Blockantrag zur Reichsfinanzreform nicht ablehnt.

Zu den Wahlen in Italien.

Rom, 8. März. Bis 1/5 Uhr nachmittags waren von 508 Wahlen 403 Wahlergebnisse bekannt. Es wurden 189 Ministerielle wiedergewählt und 48 neu gewählt.

Von den Sozialisten wurden wiedergewählt 19, neu gewählt 10, verloren sind 6 Mandate, in die Stichwahl gelangen 27 Kandidaten.

Sieg des Welfen bei der Reichstagswahl in Verden.

Verden, 9. März. Bei der gestrigen Stichwahl im 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis wurden für den Welfen B. Dannenberg 13 556 und für den Nationalliberalen Dr. Heiligenstadt 10 108 Stimmen abgegeben.

Eine politische Demonstration.

Athen, 9. März. Während gestern die Deputiertenkammer das Finanzprogramm beriet und dabei die Opposition den Rücktritt des Finanzministers forderte, hielt auf dem Platz vor dem Parlament eine nach Tausenden zählende Menge ein Protest-Meeting ab.

Briefkasten der Redaktion.

R. B. Wenden Sie sich an die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen in Karlsruhe, Friedrichsplatz 17. Eine Notiz, die sich mit der Prämienaussetzung für neue Erfindungen an Eisenbahnzügen befaßt, ging jüngst durch die Presse.

G. 100. Das Reisebureau Fr. Kern in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22, gibt Ihnen Auskunft über Ihre Auswanderung nach Südwestafrika.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Maler.) Mittwoch, 10. März, abends 6 Uhr: Vertrauensmännerkonferenz im „Salmen“.

Quittung.

Für den Welfen eingegangen: Vom Gesamtpersonal des „Volkshilfsvereins“ 12,65 M. — Von E. beim Eschmüdt 10 Pf.

Geschäftliches.

Atelier modern. Photographie

Rausch & Pester. Hauptgeschäft: 3 Karlsruhe i. B., Hauptgeschäft: 3 am Rondelpfad. Mässige Preise. * Erstklassige Ausführung.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 10. März, abends 1/9 Uhr, in der Restauration „Auerhahn“

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Zahlreichen Besuch erwartet.

Handlungsgehilfen!

Am Donnerstag, 11. März, abends 9 Uhr, findet im Saale des „Hotel Monopol“ eine

öffentliche Versammlung

der Handlungsgehilfen statt mit dem Thema: Die Handlungsgehilfen und die Sonntagsruhe.

Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen!

Es gilt zu protestieren gegen die hiesigen kaufmännischen Korporationen (Handelskammer, Detailistenverein u. Kaufmannsgericht), welche nicht geneigt sind unsere Forderung der vollständigen Sonntagsruhe zu unterstützen.

Deutscher Monistenbund.

Ortsgruppe Karlsruhe. Freitag, den 12. d. Mts., abends präzis 8 1/2 Uhr, findet im Saale 111 der Brauerei Schrempf, Wadstraße, eine

Mitgliederversammlung

Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt für Jedermann frei.

Kinder-Bettstelle

Große eiserne, eleg. Gelegenheitskauf. 1 Posten zurückgelegter Vorhangstoffe, Teppiche, Vordraperien und Bettvorlagen sind spottbillig zu verkaufen.

Erfinder!

Ein Industrieller hat Interesse für Erfindungen und Ideen der Metallwarenbranche. Stütze nebst Beschreibung od. Modell sende man an das

Intern. Patent-Büro Bruchsal

Safran, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezialmarke Hummel-Rastermesser. In allen Breiten vorrätig. Alle Rastermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäß geschliffen.

Karl Hummel, Werderstr. 13.

K. Liebegut, An- und Verkauf

Buchbinderei, Papierhandl., Zirkel 24, zwischen Karl-Friedr.-u. Kreuzstr. Einbinden v. Büchern aller Art.

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20.

Uhrmacher, Marienstr. 20, neben dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen-u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar u. 412-27. Brillen u. Zwicker.

Amsonn

Bräuer, u. 35 Pflasterstr. Geleiser, 1 Brauhaus, 20 Kolonnen, wenn Sie Post ca. 55 beste erste A-Pf. ettsaherlinge für 2,57 M. besellen. Fern. Fr. 6. Zapf Nachf. Swinemünde 158. Für d. Gratist. lief. a. Lauch.

Modes.

Dochter achtbarer Eltern, welche das Pflücken gründlich erlernen will, kann sofort oder April eintreten bei L. Weigand, Fuß- und Modewaren, Karlsruhe-Mühlburg, Philippstraße 1.

Kinderwagen mit Gummireifen

gut erhalten, mit Gummireifen, billig zu verkaufen. Werderstr. 100, Stb. 3. St. Mühlheimerstr. 9, 4. St. rechts.

Standesbücher der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 27. Febr. bis 5. März: Anna Maria, B. Karl Walter, Auischer. Leop. Eduard Gg., B. Ad. Leop. Rabe, Reisender. Ida Erta, B. Thomas Schweiß, Schuhmacher.

Eheschließungen vom 6. März: Wilhelm v. Rong von Koblenz, Hauptmann und Batteriechef in Osnabrück, mit Margarethe Stahmer von Georgsmarienhütte.

Todesfälle vom 4.-7. März: Karoline Gaisl, alt 55 Jahre, Witwe des Bierbrauers Gottlieb Gaisl.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 1. März: Eleonore Karoline, Vater Franz Martin Häfner, Schuhmacher. Theresia Anna, Vat. Jakob August Christian Haas, Schreiner.

Eheschließungen vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Todesfälle vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Eheschließungen vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Todesfälle vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Eheschließungen vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Todesfälle vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Eheschließungen vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Todesfälle vom 27. Februar bis 3. März: Christine Luise Keller, geb. Schuler, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ludwig Keller, 34 Jahre alt.

Frisch eingetroffen!

Pariser
Kopfsalat
Kopf 14 Pfg.
3 Kopf 40 Pfg.

Italiener
Blumenkohl
Kopf 15, 18
und 20 Pfg.

Holländer
Rotkraut
und
Weißkraut
3-4 Pfund-Köpfe
pro Pfd. 11 Pfg.
empfehlen 1227

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.
Neu eröffnet:
52 Gerwigstr. 52
(Städt).

Ferner werden in nächst. Zeit neu eröffnet:

Südstadt:
Morgenstraße (Rantestraße Ecke).

Südweststadt:
Curvenstraße (Karlsruhe Ecke).

Weststadt:
Eisenlohrstraße (Kriegstraße Ecke).

Colosseum

Freiburg.
Nur noch kurze Zeit!
Das große internationale Programm.

Jolly Velia,
die berühmten französischen Duettisten.

Syr. Darusso,
Sofa- und Kammer-Violin-Virtuose des Königs Georg I. von Griechenland, spielt mit Handschuhen u. verbundenen Augen.

Marco Belly
mit ihren Entfaltungen der Bauerkunst. Ferner die anderen internationalen Attraktionen.

Kassa 7/8, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: **Kamyc,**
Kaiserstraße 89, 1218

Um mein Lager in
Herrenkleiderstoff-Resten
räumen, erhält jeder Käufer
10% Rabatt.
Grösste Vorteile für Kommunitanten und Konfirmanden

Arthur Baer,
Spezialgeschäft in sämtlichen Anstattungsartikeln, 917
Karlsruhe
Kaiserstr. 93, 1 Tr., Teleph. 2065.

Herd, gut erhalten, für 13 Mk. zu verkaufen.
Schillerstr. 4, St. 1. Et.

SCHWARZE UND WEISSE STOFFE FÜR KONFIRMANDEN- UND KOMMUNIKANTEN-KLEIDER

BILLIGSTE PREISE
GROSSE AUSWAHL IN ALLEN WESEARTEN.

CHRIST. DERTEL KAISERSTRASSE 101/103
RABATTMARKEN.

Vereinsbank Karlsruhe
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Hierdurch laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der
Dienstag, den 16. März 1909, abends 6 1/2 Uhr,
im grossen Saale der „Eintracht“ stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts für 1908.
2. Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung an den Vorstand.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Bericht über die vom Verbandsrevisor vorgenommene gesetzliche Revision.
5. Wahl in den Aufsichtsrat. Es scheiden nach der statutengemässen Bestimmung aus die Herren: Otto Himmelheber, Wilh. Koelitz, Karl Marktahler, welche wieder wählbar sind.

Anträge, über welche in der Generalversammlung Beschluss gefasst werden soll, wolle man spätestens bis zum 8. März d. Js. bei dem unterzeichneten Aufsichtsrat einreichen.
Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1908 kann vom 1. März ab in unserem Geschäftslokale in Empfang genommen werden.
Karlsruhe, den 17. Februar 1909, 1225

Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Karlsruhe,
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Adolf Wilser, Vorsitzender.

Bad. Rote-Lose Lose à 1 M.
Nur Geldgewinne.
Ziehung a. 17. April 1909.
3300 Bar. ohne Abzug.
Gew. ohne Abzug.

44 000 M.
1150 2. Hauptgew.
20 000 M.
586 Gewinne

14 000 M.
2800 Gewinne

10 000 M.
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M.
Parto u. Liste 20 Pf.
empf. Lott.-Unternehm.
J. Stürmer, Strassburg
1, E. Langestr. 107.

Sportwagen, gut erhalten, in billiger zu verk.
Angartenstr. 27, St. 3. Stod.

Frisch eingetroffen!

3 Waggon
Französische
Tafel-äpfel
3 Pfund 35
extra ausgeluchte:
3 Pfund 40

2 Waggon
Spanische
Blut-orangen
so lange Vorrat
mittel Stück 5
Duzend 55
große Stück 7
Duzend 80
größte Stück 8
Duzend 90
empfehlen 1228

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.
Neu eröffnet:
52 Gerwigstr. 52
(Städt).

Ferner werden in nächst. Zeit neu eröffnet:

Südstadt:
Morgenstraße (Rantestraße Ecke).

Südweststadt:
Curvenstraße (Karlsruhe Ecke).

Weststadt:
Eisenlohrstraße (Kriegstraße Ecke).

Ein Kinderspiel



ist die Verrichtung der Hauswäsche mit dem vollkommensten selbsttätigen Waschmittel von höchster Wasch- und Bleichkraft. Wäscht von selbst ohne jede Arbeit und Mähe, bleicht wie die Sonne, schon das Gewebe und ist absolut unschädlich.
Ueberall erhältlich.

ALLEINIGE FABRIKANTEN:
Henkel & Co., Düsseldorf.

Soeben erschien in dritter ergänzter Auflage
Das erste Lebensjahr
Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?
Von Dr. med. R. Silberstein-Rixdorf
Preis 50 Pfennig, Volksausgabe 20 Pfennig
Zu beziehen durch: **Buchhandlung Volksfreund.**

Bettdecke, gebraucht, bill. zu verk., dafelbst wird gedr. Fleckperforationswagen zu laufen gel. Gerwigstr. 4 III, r. 4. Et., Mühlburg.

Kindertieg, Sportwagen, gut erb., billig zu verkaufen. Glämerstr. 8, 4. Et., Mühlburg.

Partei-Buchhandlung,
Markgrafenstrasse 26,
empfiehlt sämtliche

Gewerkschafts- und Partei-Literatur.
Wir bitten die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder um gefl. Benützung unserer Buchhandlung.
Ferner empfehlen:
Schreibmaterialien — Schularfikel.
Die Verwaltung.

Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer viel. Vorteile weg, unsere
Strickmaschine.
Außerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Nadelersparnis.
Erichunterricht gratis.
Event. Liefern wir Garne und nehmen die fertige Ware ab.
Schwinn & Ehrfeld,
Karlsruhe, Telefon Nr. 102.
Kaiserstraße 99
Alleinverkauf der berühmten Strickmaschinen-Fabrik E. Dabied, Convet (Schweiz). 82



Strümpfe und Socken
zum streifen werden angenommen
Hilfsstr. 20.

Passend für Brautleute!
Eine komplette Aussteuer bestehend aus: 2 hochhäufigen Bettladen, 2 Facor-Röhren, 2 Matratzen, 2 Polstern, 1 Nachttisch, 1 Waschkommode, 1 Schifftonier, 1 Kommode, 1 Tisch mit Eisenplatte, 4 Stühlen, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschiff, 2 Hockern, 1 Spiegel, 1 Allee-umbaum vollert, zu dem billigen Preis von 350 Mk. Nach übereinkunft Teilzahlung gestattet.
Waldstraße 22, Laden.

Rastatter u. westfälische Kochherde,
emailiert und ladiert,
Casheide Gaslampen,
Gasgashströmose, Zylinder-Haus- und Küchenschiff, Badewannen, Waschmaschinen „Schneewittchen“, Wring- u. Mangelmaschinen in jeder Ausführung, sowie ganz Einrichtungen von den einfachsten bis zu den feinsten in großer Auswahl u. billigen Preisen liefert unter Garantie

Ernst Warg,
Gerbes, Ofen, Küchen- u. Haushaltungartikel-Magazin,
Kaiserstraße 45.

Alona Fahrräder
u. Juwelen enorm billig.
Kataloge gratis. Vertreter gesucht.
Fahrradhaus Wiegler
Freiburg i. B. G.

Zu verkaufen:
3 Paar schwarze Schwäne, 080
Zucht,
8.0 Redingenten,
4.0 Silberlax,
6.0 Seidenegel,
1.0 Goldsprenk I } Oser Zucht
Karlsruhe in Baden. 125
Städtische Gartendirektion

Dr.

Ausgabe t...
75 Pf., vie...
abgeholt,
2,102M., bu...

Buch r u...

In der...
stättand,
Finanzlage
Staatshau...
der Eisenb...
finanzieller...
halt als an...
gan 3 er h...
allgemeine...
1908 mit...
die dem u...
der damit...
tionen sich...
meine St...
tionen Ma...
sich insge...
schlechter...

1. Berla...
2. starke...
3. erheb...
4. Müdg...
5. durch...

so wie...
zum...
daß 1...
tung...
Milli...

Für da...
sich vorau...
als für...
Dazu k...
das Neid...
ganz erheb...
direkte...
gelstaaten...
neuer, son...
werden. I...
Reichsfinan...
allein in...
Erhöhung...
22 Prozent...

Für da...
Zufluß au...
todaß der...
Söhe von...
das haben...
würde bis...
kommen. W...
des näher...
schu Le sp...
dieser Zin...
wird, mi...
Stats mit...
nen hind...
diese ni ch...
Anlehen...
Landtag ge...
ter gewirt...

Ein nic...
der Rechnu...
Jahr 1908...
und die Be...
lich wie fol...

Es be...

die B...
die B...
der B...
der B...

Die C...
waren 190...